



## EU-Vertrag

# Mit juristischen Spitzfindigkeiten die Mitsprache der Kantone verhindern

von Thomas Kaiser

**V**or ungefähr 15 Jahren tauchte wie aus dem Nichts der Begriff der «postparlamentarischen Demokratie» auf. Gemeint war damit, dass das Parlament, also die Volksvertretung – Kernelement der Demokratie – in der politischen Entscheidungsfindung nur noch eine untergeordnete Rolle spielen würde. Die Politik sollte massgeblich von der Exekutive bestimmt sein. In den letzten Jahren zeigt sich diese Entwicklung immer deutlicher. Davon sind auch die Kantone betroffen, die immer mehr von Bundesgesetzen eingeschränkt werden. **Aktuelles Beispiel ist die Kontroverse um das Ständemehr im Zusammenhang mit dem EU-Vertrag.**

Den meisten ist die «postparlamentarische Demokratie» kaum geläufig. Denn so schnell, wie der Begriff auftauchte, so schnell verschwand er auch wieder. Vielleicht war die Bezeichnung zu durchsichtig, zu offensichtlich, als dass man sie weiter verwenden wollte. So umgesetzt hätte es zur Folge, dass die direkte Demokratie nur noch auf dem Papier existierte. Wir dürften zwar noch über Banalitäten abstimmen, aber die wesentlichen Entscheidungen trafe die Exekutive.

Von heut' auf morgen geht das nicht. Es ist ein schleichender Prozess, den man kaum wahrnimmt. Ein Vorgeschmack dessen, was uns vermehrt blühen kann, ist zum Beispiel die Anwendung des «Notrechts», wie es während der Corona-Zeit vollzogen worden ist. Als der Bundesrat das «Notrecht» in ordentliches Recht überführte, sprach der inzwischen emeritierte Professor für Staatsrecht, Andreas Kley, in einem Interview mit dieser Zeitung von einem «Ermächtigungsgesetz».<sup>1</sup>

In der Weimarer Republik waren solche Gesetze gang und gäbe, als die Exekutive Legislative übernahm, ohne das Parlament zu konsultieren. Wo das endete, ist sattsam bekannt. Soll das die Zukunft der Schweizer Demokratie sein?

### Ohne Ständemehr schnurstracks Richtung EU?

Ein weiterer Schritt Richtung Demokratieabbau kommt aus dem Bundesamt für Justiz. Jung Bundesrat Beat Jans zauberte ein Gutachten aus dem Hut, das er selbst in Auftrag gegeben hatte. Darin kommen die Gutachter zum Schluss, es sei verfassungswidrig, einen allfälligen Vertrag zwischen der Eidgenossenschaft und der EU Volk und Ständen vorzulegen, also dem obligatorischen Referendum zu unterstellen. Damit werden die Stände ausgeschaltet. Das ist äusserst bedenklich. Verschiedene Kantone verlangen zu Recht, dass der neue Vertrag dem obligatorischen Referendum unterstellt werden muss und so neben dem Volksmehr auch das Ständemehr zählt. Die NZZ schreibt: «Es ist ein Schreckensszenario für die Befürworter des neuen Vertragspakets mit der EU. Wenn die geplanten Abkommen dereinst nach jahrelangen Sondierungen und Beratungen vors Volk kommen, könnten sie zuletzt am Ständemehr scheitern. Die ganze Mühsal: Sie wäre für nichts.»<sup>2</sup>

Das ist also des «Pudels Kern» der entfachten Diskussion. Die Exekutive möchte am liebsten alle demokratischen «Hindernisse» aus dem Weg räumen, um ihr offensichtliches Ziel zu erreichen, die Schweiz ohne Widerstand nicht nur näher an die Nato, sondern – wie immer wieder versucht – auch an die EU, heranzuführen. Was im

EU-Vertrag alles festgehalten wird, weiss man bis heute noch nicht, denn es wird einmal mehr hinter verschlossenen Türen verhandelt.<sup>3</sup>

Aber aufgrund der Erfahrung muss man leider davon ausgehen, dass es für unsere Bevölkerung kaum von Vorteil sein wird. Es wird ein paar «Zückerli» geben, aber die Folgen sind klar. Die Schweiz wird sich wohl in verschiedenen Bereichen dem EU-Gerichtshof (EuGH) unterwerfen müssen.<sup>4</sup>

### Was spricht gegen ein obligatorisches Referendum?

Abkommen wie das Freihandelsabkommen mit der EG 1972 und der Beitritt zum EWR 1992 wurden dem obligatorischen Referendum unterstellt. Das Parlament entschied damals, solch weitgehende

INHALT	
<b>Für einen effizienten Zollschatz</b>	
von Rudi Berli, Sekretär von Uniterre	<b>3</b>
<b>NGOs zur Verantwortung ziehen</b>	
von Reinhard Koradi	<b>3</b>
<b>«Selenskyj müsste seine Weigerung zu verhandeln aufgeben»</b>	
Interview mit General a. D. Harald Kujat	<b>4</b>
<b>Woker Lifestyle-Militarismus oder: die GRÜNEN an der Macht – ein Epitaph</b>	
von Leo Ensel	<b>8</b>
<b>«Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts»</b>	
von Dr. Stefan Nold	<b>10</b>
<b>«Frieden ist für alle ein Menschenrecht»</b>	
Interview mit Prof. Dr. Alfred de Zayas	<b>13</b>
<b>Junge Israelis verweigern den Kriegsdienst</b>	
von Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger	<b>16</b>

### Hoheit der Kantone im Rahmen der Subsidiarität muss gewährleistet sein

thk. Die Kantone waren geschichtlich gesehen immer kleine Staaten mit eigenen Rechten und unterschiedlichen Regierungsformen. Die Tagsatzung war das gemeinsame Gremium, in dem sich die Kantonsvertreter zu Konsultationen trafen. Sie waren weisungsgebunden und mussten bei anstehenden Entscheidungen immer mit ihren Kantonen Rücksprache nehmen. Seit 1815 regelte der Bundesvertrag den lockeren Staatenbund, der die Tagsatzung wieder als Leitungsgremium besass, jedoch immer noch mit wenig Kompetenz. Ab 1830 erhielten mehrere Kantone demokratische Verfassungen, was die Demokratisierung förderte. Zwischen 1830 und 1848 verstärkte sich bei der Mehrheit der Kantone der Wille, sich in einem gemeinsamen Staat zu vereinigen. Es gab aber Kantone, die berechtigte Angst hatten, dass bei einem Einheitsstaat die politische Hoheit verloren gehe. Das führte zum Streit zwischen den Föderalisten, die weiterhin den Staatenbund favorisierten und sich im Sonderbund zusammenschlossen, und den Liberalen, die einen Bundestaat anstrebten.

#### Bundestaat oder Staatenbund

Die Gegensätze entluden sich im sogenannten Sonderbundkrieg. Die Befürworter eines Bundesstaats siegten nach einem kurzen Krieg mit

relativ wenigen menschlichen Verlusten über die Föderalisten. Damit war der Sonderbund aufgelöst, und man arbeitete eine Verfassung aus, die den Bedenken der Föderalisten Rechnung trug. Der Kompromiss wurde zum Markenzeichen des entstehenden Bundesstaats und hat bis heute den Zusammenhalt der Kantone mit ihren unterschiedlichen Sprachen und Kulturen in einem gemeinsamen Staat ermöglicht. Die Kantone sollten weitgehende Kompetenzen behalten, damit ein gemeinsamer Staat erfolgreich gegründet werden konnte. Unter dieser Prämisse entstand der Schweizer Bundesstaat und sicherte mit dem Föderalismus allen Kantonen ihre eigene Hoheit im Rahmen der Subsidiarität zu. Als 1874 das Referendum und 1891 die eidgenössische Volksinitiative als Volksrechte hinzukamen, konnte man mit dem Ständemehr die Sorgen der kleinen Kantone, dass sie von den grossen immer überstimmt würden, beseitigen.

Das ist der Kitt, der unser Land trotz unterschiedlicher Sprachen und Kulturen zusammengehalten hat und zusammenhält. Es ist ganz klar: Das Ständemehr ist von existenzieller Bedeutung für den Bestand der Eidgenossenschaft.

Verträge dem Volk zur Beurteilung vorzulegen.

Die *Freiburger Nachrichten* schreiben dazu: «Das Parlament unterstellte 1972 das Freihandelsabkommen und 1992 den EWR-Vertrag dem obligatorischen Referendum – obwohl beides nicht zwingend war. Im Vordergrund stand eine politische, nicht eine juristische Beurteilung: Das Parlament stufte die Verträge als Abkommen von grosser Tragweite ein. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso das künftig nicht mehr möglich sein soll.»<sup>5</sup>

Es gehört offensichtlich zur politischen «Agenda des Bundesrats», das Volk bzw. die Kantone möglichst wenig in die politische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Mit juristischen Spitzfindigkeiten versucht man, die Mitsprache der Kantone zu verhindern. Das Bemühen von Jans, mit einem Gutachten die Kantone politisch auszudrücken, ist undemokratisch. Wer nur

seine eigene Agenda verfolgt, ohne sich am Willen von Volk und Ständen zu orientieren, hat seine Legitimation als Bundesrat verliert. Auch wenn nicht explizit in der Verfassung festgehalten ist, dass Staatsverträge dem obligatorischen Referendum unterstellt werden müssen, ist es auch nicht explizit ausgeschlossen. «Der Verzicht auf eine strikte juristische Regelung bedeutet nicht, dass das Instrument begraben worden ist. Wenn das Parlament es politisch als angemessen erachtet, Verträge mit dem obligatorischen Referendum zu verknüpfen, kann es das weiterhin tun.»<sup>6</sup>

#### Volksrechte anstatt Verfassungsgericht

Die Schweiz hat kein Verfassungsgericht. Das heisst nicht, dass das Parlament nach Gutdünken entscheiden kann, ob man die Verfassung respektiert oder nicht. Aber dort, wo die Verfassung Spielraum

zulässt, liegt es in der Kompetenz des Parlaments, entsprechende Entscheide zu fällen. Dass hier ein Spielraum besteht, wird schon dadurch ersichtlich, dass renommierte Verfassungsrechtler sich über die Auslegung der Verfassung nicht einig sind: «Umstritten ist allerdings, welche Bedeutung dieses Referendum sui generis hat – und ob es dafür noch eine Grundlage gibt.»<sup>7</sup>

Ziel des Bundesrats scheint zu sein, das Abkommen schlank durchzubringen, da es in die Hoheit der Kantone eingreifen und auf starken Widerstand stossen wird. Wenn zum Beispiel die Kantonalbanken privatisiert werden müssten, wie es der Rahmenvertrag verlangt hätte, weil die kantonale Garantie eine Marktverzerrung darstelle, wäre das ein massiver Eingriff in die Hoheit der Kantone. Bei Eingriffen in die Kompetenz der Kantone darf das Ständemehr nicht ausgeschaltet werden.<sup>8</sup> ■

<sup>1</sup> [zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-13-vom-1-september-2024/html#article\\_1077](https://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-13-vom-1-september-2024/html#article_1077)

<sup>2</sup> [www.nzz.ch/schweiz/eu-vertrag-die-inner-schweiz-will-ein-vetorecht-ld.18145963](https://www.nzz.ch/schweiz/eu-vertrag-die-inner-schweiz-will-ein-vetorecht-ld.18145963)

<sup>3</sup> [www.nzz.ch/schweiz/die-europa-initiative-ist-da-viel-spaeter-als-angekündigt-und-ohne-grossen-rueckhalt-ld.1824598](https://www.nzz.ch/schweiz/die-europa-initiative-ist-da-viel-spaeter-als-angekündigt-und-ohne-grossen-rueckhalt-ld.1824598)

<sup>4</sup> [www.srf.ch/news/schweiz/abkommen-mit-der-eu-eu-verhandlungen-zankapfel-staendemehr-entzweit-bereits-gemueter](https://www.srf.ch/news/schweiz/abkommen-mit-der-eu-eu-verhandlungen-zankapfel-staendemehr-entzweit-bereits-gemueter)

<sup>5</sup> [www.freiburger-nachrichten.ch/moegliche-volksabstimmung-kontroverse-um-neue-eu-vertraege-mit-der-eu/](https://www.freiburger-nachrichten.ch/moegliche-volksabstimmung-kontroverse-um-neue-eu-vertraege-mit-der-eu/)

<sup>6</sup> [www.freiburger-nachrichten.ch/moegliche-volksabstimmung-kontroverse-um-neue-eu-vertraege-mit-der-eu/](https://www.freiburger-nachrichten.ch/moegliche-volksabstimmung-kontroverse-um-neue-eu-vertraege-mit-der-eu/)

<sup>7</sup> [www.nzz.ch/schweiz/der-grosse-streit-um-das-staendemehr-beim-eu-vertrag-vier-punkte-die-zeigen-weshalb-sich-selbst-juristen-nicht-einig-sind-ld.1836164](https://www.nzz.ch/schweiz/der-grosse-streit-um-das-staendemehr-beim-eu-vertrag-vier-punkte-die-zeigen-weshalb-sich-selbst-juristen-nicht-einig-sind-ld.1836164)

<sup>8</sup> [www.srf.ch/news/schweiz/verhandlungen-mit-der-eu-scheitert-das-rahmenabkommen-anden-kantonalbanken](https://www.srf.ch/news/schweiz/verhandlungen-mit-der-eu-scheitert-das-rahmenabkommen-anden-kantonalbanken)

## Für einen effizienten Zollschutz

von Rudi Berli, Gemüsebauer und Sekretär von Uniterre

**Die jüngsten bäuerlichen Proteste haben uns daran erinnert, wie stark die inländische Produktion von einer effizienten Regulierung von Importen abhängt. Uniterre fordert vom Bundesrat einen verstärkten Grenzschutz für alle landwirtschaftlichen Produkte, um dem durch Importe verursachten systematischen Sozial-, Wirtschafts- und Umweltdumping entgegenzuwirken. Es müssen Massnahmen bei den Einfuhrkontingenten, Zolltarifen, beim 2-Phasensystem für Frischobst und -gemüse sowie bei der Kontrolle der Produktionsstandards ergriffen werden.**

Der Bund lehnt Verbesserungen in diesen Bereichen weiterhin ab und verteidigt lieber die WTO-Abkommen und Freihandelsabkommen, die er reihenweise unterzeichnet (Indien, Malaysia, Vietnam, Mercosur, EU). An dieser Stelle müssen zwei grundlegende Aspekte in Erinnerung gerufen werden.

- Erstens: Die Schweiz importiert pro Kopf am meisten Nahrungsmittel.
- Zweitens: Besteht das Prinzip eines Abkommens darin, dass es neu verhandelt werden kann.
- Drittens: Die Schweiz besitzt genügend Spielraum, um dies zu tun.

Die Sichtweise, welche die Forderung nach Sozial- oder Umweltstandards als Handelsverzerrung versteht, ist inakzeptabel und eine Erpressung. Gemäss Uniterre muss die Landwirtschaft sofort von den Freihandelsabkommen ausgeschlossen werden. Und zur Erinnerung: 2018 hat der Bund die Uno-Erklärung für die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten (UNDROP) angenommen. Diese beinhaltet insbesondere auch wirtschaftliche Rechte.

Der Schutz des einheimischen Marktes durch Zölle ist ein vom Bund angewendetes Werkzeug, um das Preisniveau auf dem einheimischen Markt zu regulieren und zu schützen. Ohne einen solchen Schutzmechanismus gäbe es kaum noch eine Schweizer Produktion, da die Kosten im Schweizer Wirtschaftsumfeld im Vergleich zu anderen Ländern deutlich höher sind. Abgesehen von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind auch klimatische und topografische Faktoren und die damit verbundene eher kleinstrukturierte Landwirtschaft Gründe für höhere Kosten.

Um eine faire Entlohnung und eine wirtschaftlich stabile Versorgung der Bevölkerung gewährleisten zu können, muss dieser

Schutz Preise garantieren, welche die Produktionskosten decken. Eine bäuerliche Landwirtschaft und ein nachhaltiges Ernährungssystem sind ohne faire Entlohnung nicht überlebensfähig!

Das Zollschutzniveau muss nach einem Mindestpreissystem festgelegt werden, das sich an den durchschnittlichen einheimischen Produktionskosten orientiert und eine faire Entlohnung der bäuerlichen Arbeit berücksichtigt. Uniterre schätzt dieses Einkommen auf 40 Franken pro Stunde.

Die Einfuhrmengen müssen an die Entwicklung des einheimischen Konsums und an die Produktionskapazitäten der Schweizer Landwirtschaft gekoppelt werden. Bei der Gewährung von Einfuhrkontingenten muss die Inlandproduktion nach wie vor im Zentrum stehen und berücksichtigt werden.

Die Umgehung von Einfuhrkontingenten durch den Import von Fertigprodukten (industrielle Backspezialitäten wie Gipfeli oder tiefgefrorenes Brot), die heute 25 Prozent der Gesamtmenge des Weizenverbrauchs ausmachen, muss abgeschafft werden. Dies muss auch für Nebenprodukte wie beispielsweise Weizenstärke gelten, deren Kontingente oft umgangen werden.

Schliesslich muss das 2-Phasensystem, das es ermöglicht, wäh-

## NGOs zur Verantwortung ziehen

von Reinhard Koradi

**Die Narrenfreiheit, die Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) und andere selbsternannte Meinungsterroristen in der Öffentlichkeit geniessen, ist sehr anstössig und in bestimmten Fällen wahrscheinlich auch rechtswidrig.**

Wenn ein Normalbürger die Parkzeit überschreitet, sein Auto falsch parkiert oder mit überhöhter Geschwindigkeit erwischt wird, wird er zur Kasse gebeten. Mit Recht, werden viele sagen. Verstösse gegen die öffentliche Ordnung und Gesetze durch «Gutmenschen»

und deren Organisationen wie Greenpeace, WWF und so weiter werden jedoch kaum je geahndet. Diese Doppelmoral stösst mir sehr sauer auf. Meiner Meinung nach ist das Vorgehen der Klimaaktivisten ein Verbrechen gegen die individuelle Freiheit der Menschen, die freie Meinungsbildung und -äusserung, das Recht auf Selbstbestimmung und die Gewerbefreiheit. Die Bevormundung durch Gesinnungsterror hat auch einen erpresserischen Hintergrund. Vermutlich gibt es noch viele andere Argumente, die dafür sprechen, den selbsternannten Einflüsterern

für das korrekte Verhalten, das Handwerk zu legen.

Die Aktion von Greenpeace in der vergangenen Woche am Limmatplatz in Zürich ist für mich Hausfriedensbruch und gehört geahndet. Die Vorwürfe, die Migros verkaufe zu viel Fleisch, Milchprodukte und Eier, ist nicht nur geschäftsschädigend, sondern grundsätzlich ein Angriff auf die Gewerbefreiheit und die Konsumentensouveränität. Wollen wir uns solche Einschüchterungen und Bevormundungen wirklich länger gefallen lassen? ■

## «Selenskyj müsste seine Weigerung zu verhandeln aufgeben»

Interview mit General a. D. Harald Kujat\*

**Zeitgeschehen im Fokus** Immer wieder hört man die Forderung, es sollten fremde Truppen in die Ukraine geschickt werden. Was hätte das zur Folge?

**General a. D. Harald Kujat** Auch in Vietnam begann es mit einem Beratungsteam, dann folgten Ausbilder, danach folgten Kampftruppen. Es sieht so aus, als könnte es sich wieder so entwickeln. Die Ukrainer haben nicht nur gefordert, amerikanische Waffen auf russischem Territorium einsetzen zu dürfen, sondern die Vereinigten Staaten und westeuropäische Länder gebeten, die Ausbildung von 150 000 Soldaten in unmittelbarer Nähe der Front, also in Reichweite russischer Waffen, zu übernehmen, mit der Begründung, dass sie dann schnell in den Kampf einbezogen werden können. Ein sehr gefährlicher Schritt, denn die Ausbilder müssen geschützt werden, zum Beispiel gegen Luftangriffe. Wenn sich Nato-Staaten dazu bereit erklären, stellt sich automa-

tisch die Frage, ob sie auch Kampftruppen schicken, wenn die Ausbilder in Kampfhandlungen verwickelt werden.

*Inwiefern würde das das Problem der Ukraine lösen? Mit welchen Schwierigkeiten hat die ukrainische Armee zu kämpfen?*

Die Ukraine hat drei Probleme. Erstens das Fehlen einer bedrohungsgerechten Luftverteidigung. Die Forderung, der Westen soll mindestens sieben Patriot-Einheiten zur Verfügung stellen, kann jedenfalls in nächster Zukunft nicht erfüllt werden. Das zweite Problem ist der Mangel an Munition und Waffensystemen. Das dritte Problem ist das Wichtigste: Der Mangel an militärischem Personal. Die Verluste auf ukrainischer Seite sind extrem hoch, und viele junge Ukrainer sind bereits nach Kriegsbeginn ins Ausland geflohen. General Saluschni, der ehemalige Oberbefehlshaber, forderte mindestens 500 000 neue Soldaten, um die Defizite auszugleichen. Diese Zahl ist bei weitem nicht erreicht worden. Die Front ist 1300 Kilometer lang, und die ukrainischen Verteidigungslinien sind personell stark ausgedünnt. Die Russen wollen jetzt offenbar keinen grossen Durchbruch erzwingen, aber sie greifen an drei oder vier Schwerpunkten an und versuchen, die ukrainischen Truppen zurückzudrängen. In der Region Charkiw haben sie bereits grosse Erfolge erzielt. Hier geht es ihnen vor allem darum, einen grösseren Abstand zwischen der russischen Grenze und den ukrainischen



General a. D. Harald Kujat (Bild wikimedia)

Truppen zu erreichen, denn die Ukrainer haben Belgorod, eine russische Stadt in der Nähe der ukrainischen Grenze, mehrfach angegriffen; übrigens auch mit amerikanischer Streumunition, was nach dem humanitären Völkerrecht verboten ist.

*Die ganze Problematik um die Ostprovinzen sollte doch in den Minsker Abkommen geregelt werden. Doch hier haben die Garantiestaaten versagt.*

Die Ukraine hatte sich verpflichtet, bis Ende 2015 die Verfassung zu ändern, um der russischsprachigen Bevölkerung im Donbas mehr Rechte zu geben. Im Grunde, damit diese Menschen die gleichen Rechte haben wie die anderen Ukrainerrinnen und Ukrainer. Obwohl zwischen 2015 und 2022 14 000 Menschen im Donbas getötet wurden, davon 12 000 russischsprachige Ukrainer, hat niemand etwas unternommen. Insbesondere Deutschland und Frankreich, die das Minsker Abkommen vermittelt hatten, wären dazu verpflichtet gewesen. Man hat versucht, der

\* **General a. D. Harald Kujat**, geboren am 1. März 1942, war unter anderem Generalinspekteur der Bundeswehr und als Vorsitzender des Nato-Militärausschusses höchster Militär der Nato. Zugleich amtierte er als Vorsitzender des Nato-Russland-Rates sowie des Euro-Atlantischen-Partnerschaftsrates der Generalstabschefs. Für seine Verdienste wurde Harald Kujat mit einer grossen Zahl von Auszeichnungen geehrt, darunter mit dem Kommandeurskreuz der Ehrenlegion der Republik Frankreich, dem Kommandeurskreuz des Verdienstordens Lettlands, Estlands und Polens, der Legion of Merit der Vereinigten Staaten, dem Grossen Band des Leopoldordens des Königreichs Belgien, dem Grossen Bundesverdienstkreuz sowie mit weiteren hohen Auszeichnungen, unter anderem aus Malta, Ungarn und der Nato.

rend der inländischen Produktionssaison einen Zollschutz auf Früchte und Gemüse zu erheben, regelmässig an Anbautechniken und das Klima angepasst werden.

Um allfällige Überproduktionen aufgrund besserer Produktionspreise zu vermeiden, sollte der Bund Verträge zwischen den Produzentinnen und Produzenten und Käuferinnen und Käufer for-

dern, in denen Menge, Qualität, Preis, Zeitplan und Vorauszahlungsmodalitäten festgelegt werden. Diese Verträge dürfen keinen Hof aufgrund seiner Grösse benachteiligen.

Darüber hinaus müssen die steigenden Ausgaben in einem Haushalt für Lebensmittel durch einen vereinbarten Transfer<sup>1</sup> an die Konsumentinnen und Konsumenten

ausgeglichen werden – so, dass die Lebensmittelproduktion wieder aufgewertet wird und das Recht auf eine angemessene Ernährung für alle gewährleistet ist. ■

<sup>1</sup> z. B. durch eine soziale Nahrungsmittelversicherung

Quelle: Uniterre, die unabhängige, bäuerliche Zeitung, Mai 2024

Ukraine Zeit zu verschaffen, um die ukrainischen Streitkräfte auszurüsten und auszubilden. Es wurden gemeinsame Übungen mit westlichen Streitkräften und Nato-Manövern auf ukrainischem Gebiet durchgeführt. Noch im September 2021 gab es ein grosses Nato-Manöver in der Ukraine. Die ukrainische Armee war zu Beginn des Krieges modern ausgerüstet und bewaffnet.

*Heute muss man sagen, die Strategie mit der Zeitgewinnung ist nicht aufgegangen. Welche Rolle hat Selenskyj darin gespielt?*

Der Westen erwartete bereits ab Ende 2021 einen russischen Angriff. Die Amerikaner sagten wiederholt, dass ein Krieg unmittelbar bevorstehe. Denn russische Truppen wurden in einer erheblichen Zahl und in einer Zusammensetzung an der Grenze zusammengezogen, die auf Offensivmassnahmen hindeuteten. Vor seiner Wahl zum Präsidenten hatte Selenskyj die Absicht geäussert, die Spannungen mit Russland abzubauen. Es stimmt, dass Selenskyj vor dem 24. Februar 2022 Zweifel äusserte, dass die Russen angreifen würden. Er hat sogar erklärt, er würde für die Ukraine einen neutralen Status akzeptieren und auf die Nato-Mitgliedschaft verzichten. Und in den Istanbul Verhandlungen ist er die entsprechenden Kompromisse eingegangen. Ich halte Selenskyj für eine tragische Figur, weil ich glaube, dass dies von ihm ernst gemeint war.

*Was für einen Stand hat Selenskyj bei der ukrainischen Bevölkerung?*

Die Zustimmung zu Selenskyj ist in den letzten Monaten deutlich zurückgegangen. Das hängt auch damit zusammen, dass seine Amtszeit eigentlich abgelaufen ist. Aber vor allem wollen die Menschen in der Ukraine endlich Frieden. Denn viele Familien haben in diesem Krieg grosse Opfer erbringen müssen. Auch die Entwicklung der letzten zweieinhalb Jahre ist zu berücksichtigen. Nach dem Abbruch der Istanbul Verhandlungen ist die Lage der Ukraine nach einer kurzen Zeit militärischer Erfolge ständig schlechter geworden, und die Aussichten für einen Verhandlungsfrieden, in dem die

Interessen der Ukraine weitgehend berücksichtigt werden, sind erheblich gesunken. Am 4. Oktober 2022 erliess der ukrainische Präsident sogar ein Dekret, das ihm und seiner Regierung Verhandlungen mit Russland verbietet. Damit reagierte er auf die Annexion von vier Regionen durch Russland, die am 30. September erfolgte. Beides sind grosse Hindernisse für die Aufnahme von Verhandlungen.

*Wie lange wird sich die Ukraine ohne personelle Unterstützung noch halten?*

Im Moment kommt immer noch militärisches Material in der Ukraine an. Die Amerikaner haben zuletzt ein 61 Milliarden Dollar-Paket bewilligt, von dem allerdings der grösste Teil in den USA bleibt und dazu verwendet wird, die teilweise geleerten Lager aufzufüllen. Nur 13,8 Milliarden Dollar werden Schritt für Schritt für die Beschaffung von Waffen und Munition für die Ukraine verwendet. Da sich die Ukrainer in der Defensive befinden, gehe ich davon aus, dass die Verteidigungsfähigkeit für einige Monate gestärkt wird. Auch die Bundesregierung hat vor kurzem ein neues 500 Millionen Euro-Paket angekündigt, und wenn noch mehr hinzukommt, kann diese Zeit weiter verlängert werden. Ich halte es aber nicht für möglich, dass die Ukraine die strategische Lage grundsätzlich zu ihren Gunsten wenden kann.

*Vielleicht ist das etwas spekulativ, aber als Experte haben Sie eine Ahnung, wie sich der Krieg weiterentwickelt?*

Ich denke, es gibt grundsätzlich drei Möglichkeiten: Die erste ist, dass sich der Krieg so lange hinzieht, bis der Westen nicht mehr in der Lage ist, etwas zu liefern. Wenn die Ukraine noch mehr Truppen verliert, wird eine Situation der völligen Erschöpfung eintreten. Dann stellt sich die Frage, ob der Westen bereit ist, nicht nur Waffen, sondern auch Kampftruppen zu schicken, um eine katastrophale militärische Niederlage der Ukraine abzuwenden. Falls die westlichen Staaten zu diesem

grossen Eskalationsschritt nicht bereit sind, müsste Selenskyj seine Weigerung zu verhandeln aufgeben. Sollte der nächste amerikanische Präsident Trump heissen, wonach es gegenwärtig aussieht, gäbe es eine vierte Option. Denn Trump hat wiederholt erklärt, er werde den Krieg innerhalb von 24 Stunden beenden.

*Putin signalisiert doch immer wieder, dass er den Krieg mit Verhandlungen beenden möchte. Das ist nach dem, was Sie gesagt haben, kaum erfolgreich?*

Im Mai unterbreitete Putin einen Vorschlag für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen. Dabei bezog er sich auf den chinesischen 12-Punkte-Vorschlag vom 24. Februar letzten Jahres. Die ersten beiden Punkte sind sehr wichtig. Sie beziehen sich auf die Uno-Resolutionen zum Ukraine-Krieg, in denen Verhandlungen gefordert werden. Zudem wird vorgeschlagen, die Verhandlungen dort wieder aufzunehmen, wo sie in Istanbul unterbrochen wurden. Das bedeutet, dass Hindernisse, die beide Seiten errichtet haben, beiseite geräumt werden. Damit sind die Probleme nicht gelöst, aber zumindest können Verhandlungen beginnen.

Putin gab vor seinem letzten Besuch in Peking ein Interview, in dem er sagte, dass der chinesische Vorschlag im Prinzip eine gute Grundlage für Verhandlungen sei. Vor einigen Tagen fügte er hinzu, dass die gegenwärtigen territorialen Realitäten anerkannt werden müssten. Das bedeutet, dass das von Russland eroberte Gebiet, russisch bleibt. Ausserdem müssten die Sicherheitsinteressen beider Länder berücksichtigt werden. Schliesslich präzisierte er, wenn die Ukraine ihre Truppen aus den vier von Russland annektierten Regionen abzöge und den Verzicht auf eine Nato-Mitgliedschaft erklärte, könnten die Verhandlungen am nächsten Tag beginnen.

*Was bedeutet das für die Ukraine?*

Man muss in diesem Zusammenhang berücksichtigen, dass die USA der Ukraine nach der gescheiterten Offensive nahegelegt haben, in die strategische Defensive zu gehen,

um die hohen Verluste zu reduzieren und das noch unter ukrainischer Kontrolle befindliche Territorium zu verteidigen. Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass die ukrainischen Streitkräfte kaum noch zu einem offensiven Landkrieg in der Lage sind und es ihnen nicht möglich ist, die territoriale Integrität der Ukraine in den Grenzen von 1991 wieder herzustellen. Das bedeutet de facto, dass die Gebiete aufgegeben werden, die die Russen bereits erobert haben beziehungsweise die sich unter russischer Kontrolle befinden. In einem Interview des *Time Magazine* vom 4. Juni sagte Präsident Biden ausserdem, die Ukraine werde nicht Teil der Nato; die USA würden ihre Beziehungen zur Ukraine wie zu anderen Ländern gestalten, denen sie Waffen liefern, damit sie sich in Zukunft verteidigen können. Er fügte hinzu: «Ich war derjenige, der sagte, dass ich nicht bereit bin, die Natoisierung der Ukraine zu unterstützen.» Damit hat Biden den Kern der russischen Sicherheitsinteressen anerkannt und die Aussicht auf eine diplomatische Lösung erheblich verbessert. Denn im Prinzip liegen die russische und die amerikanische Position sehr nahe beieinander. Da die Amerikaner immer gesagt haben, dass die Entscheidung darüber, wann und wie verhandelt wird, von Selenskyj getroffen werden muss, ist er jetzt am Zuge. Wenn der ukrainische Präsident eine katastrophale Niederlage der Ukraine verhindern wollte, müsste er die Konsequenzen aus der entstandenen Lage ziehen, eine eigene, realistische Verhandlungsposition entwickeln und zu Verhandlungen bereit sein. Inzwischen gibt es Hinweise, dass Trump für den Fall seiner Wahl zum Präsidenten, bereits einen eigenen Plan für die Beendigung des Ukrainekrieges erarbeiten lässt. Es heisst, er will die Ukraine zu Verhandlungen zwingen, indem er die Unterstützung nur dann fortsetzt, wenn Selenskyj Verhandlungen nicht länger ablehnt.

*War der Angriff der Ukraine auf die Radaranlagen nicht ein ganz gefährliches Spiel?*

Diese Radaranlagen haben nichts mit dem Krieg in der Ukrai-

ne zu tun. Sie dienen dazu, die nuklearstrategische Stabilität und das Gleichgewicht zwischen den beiden grossen Atommächten zu gewährleisten. So etwas zu tun, bedeutet, die Eskalation extrem hochzutreiben. Das könnte fatale Folgen haben. Im Mai wurden zwei solcher Frühwarnradarsysteme angegriffen – eines in Krasnodar und das andere in Orenburg. Die Russen verfügen zwar auch über ein satellitengestütztes Frühwarnsystem, das bodengestützte Radarsystem ist jedoch für die Identifizierung und Warnung vor einem interkontinentalstrategischen Angriff essenziell. Der Angriff auf die Frühwarnradare ist deshalb die Tat verantwortungsloser Hasardeure, was die Amerikaner auch kritisiert haben. Es bestehen jedoch Zweifel daran, ob die Ukraine einen solchen Angriff ohne Hilfe und Unterstützung allein durchführen könnte. Der zweite Punkt, der mit dem ersten zusammenhängt, ist, dass die Amerikaner der Ukraine die Erlaubnis erteilt haben, russisches Gebiet mit amerikanischen Waffen anzugreifen, wenngleich mit regionalen Einschränkungen. Einige europäische Länder haben die USA gedrängt, ihnen dies zu erlauben. Selbst Bundeskanzler Scholz, der sich bisher zurückhaltend gezeigt hat, hat dem Einsatz deutscher Waffen auf Ziele in Russland zugestimmt.

*Ist das völkerrechtlich abgestützt?*

Natürlich kann derjenige, der sich verteidigt, auch das Territorium des Landes angreifen, das ihn angegriffen hat, das ist nicht die Frage. Die Ukrainer haben das auch getan, sie haben jedoch unter anderem Belgorod und seine Zivilbevölkerung angegriffen, und bei einem der letzten Angriffe gab es 24 Tote – davon 5 Kinder – und 110 Schwerverletzte.

Aber die Frage, die sich mir stellt, hängt mit etwas anderem zusammen. Es geht darum, welche Folgen ein Angriff der Ukraine auf strategische oder nuklearstrategische Ziele in Russland haben könnten. Und darum, welche Folgen es hätte, wenn ein solcher Angriff mit Zustimmung oder sogar der Unterstützung der Amerikaner, der

Deutschen und anderer erfolgen würde.

In Deutschland wird gesagt, wir dürfen uns von russischen Drohungen nicht einschüchtern lassen. Aber natürlich haben auch die Russen eine rote Linie. Wenn sie überschritten wird, könnte eine harte russische Reaktion ausgelöst werden. Deshalb hat Präsident Biden bisher gezögert, US-Waffen für den Angriff auf russisches Territorium freizugeben. Er hat dies damit begründet, dass er einen Dritten Weltkrieg vermeiden will. Wenn er es jetzt zulässt, muss man dann daraus schliessen, dass er bereit ist, wegen der kritischen Lage der Ukraine das Risiko eines Dritten Weltkrieges einzugehen?

*Putin hat sich doch dazu geäussert...*

Putin bezeichnete die Erlaubnis zum Einsatz westlicher Waffen gegen Ziele in Russland als einen gefährlichen Schritt. Russland habe das Recht, gleichartige Waffen in Regionen der Welt zu liefern, von denen aus sensible Einrichtungen in den Ländern angegriffen werden könnten, die Angriffe gegen Russland ermöglichen. Putin scheint wie der amerikanische Präsident eine direkte Konfrontation vermeiden zu wollen, denn seine Reaktion entspricht der Strategie des indirekten Vorgehens. Am 12. Juni wurden russische Seemanöver in der Karibik begonnen. Daran nehmen unter anderem die Fregatte «Admiral Gorskow» und das Atom-U-Boot «Kasan» teil, die mit SS-N-23 Zirkon-Hyperschall-Marschflugkörpern bewaffnet sind. Das U-Boot hatte zuvor in Kuba Station gemacht.

*Die Spirale der Eskalation wird doch vor allem vom Westen vorangetrieben. Warum machen westliche Politiker einen solchen Fehler, der sich katastrophal auf die Sicherheit und die Wirtschaft der Länder auswirkt? Warum lässt er sich nicht auf Verhandlungen ein?*

Ehrlich gesagt macht mich die Tatsache, dass eskaliert wird, ohne die Folgen zu bedenken oder diese sogar in Kauf zu nehmen, ratlos. Möglicherweise wollen die politi-

schen Entscheidungsträger nicht ihr Gesicht verlieren. Insbesondere, weil immer wieder gesagt wird, dass Putin ein Diktator und Russland ein undemokratischer Staat ist, dass wir die richtigen Werte haben und sie verteidigen müssen. Ja sogar, dass die Ukraine unsere Werte verteidigt. Präsident Biden sagt, es sei ein Kampf zwischen Demokratie und Totalitarismus. Deshalb könne eine Niederlage der Ukraine nicht akzeptiert werden. Es wird jedoch vor allem eine Strategie verfolgt, deren erklärtes Ziel ist, Russland, einen engen Verbündeten Chinas, politisch, wirtschaftlich und militärisch zu schwächen. Denn wird Russland geschwächt, hat das auch für China Folgen. Diesem Ziel wird das Schicksal der Ukraine untergeordnet. Denn China ist der einzige geopolitische Rivale, der in der Lage ist, die USA als dominierende Weltmacht abzulösen. Darüber hinaus hat sich der Westen offenbar zu diesem Vorgehen verpflichtet, weil er die Ukraine zum Abbruch der Istanbul Verhandlungen mit der Zusage gedrängt hat, ihnen alle Mittel zur Verfügung zu stellen, die für einen Sieg über Russland erforderlich sind.

*Selenskyj verlangt immer wieder die Aufnahme in die Nato. Ist in kurzer Zeit damit zu rechnen?*

Selenskyj ist offenbar mitgeteilt worden, dass es keine Einladung für die Ukraine zum Nato-Gipfel geben wird. Selenskyj hat auch gefordert, dass zumindest Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden. Auch das wird nicht geschehen. Der Nato-Generalsekretär hat jedoch unverdrossen betont, dass ein substantielles Paket von Unterstützungsmassnahmen auf dem Nato-Gipfel in Washington beschlossen wird, «das eine Brücke zur Nato-Mitgliedschaft bildet», obwohl Präsident Biden eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine ausdrücklich ausgeschlossen hat. Eine Einladung der Ukraine, der Nato beizutreten, müsste im Konsens aller Mitgliedstaaten ausgesprochen werden. Dieser Konsens ist nicht gegeben. Stoltenberg muss sich bewusst sein, dass sein Konfrontationskurs für das Bündnis zu einer Zerreißprobe werden könnte.

*Müssten die Europäer nicht ein grösseres Interesse an der Beendigung des Krieges als die USA haben? Schliesslich ist das Risiko der Ausweitung des Krieges auf den europäischen Kontinent nicht von der Hand zu weisen.*

Der Westen hatte von Anfang an keine erfolgsversprechende Strategie, in deren Mittelpunkt das Schicksal der Ukraine stand, sondern lässt sich von geopolitischen und strategischen Interessen leiten. Dass die Europäer nicht in der Lage sind, auf der Grundlage einer fundierten strategischen Lagebeurteilung eine eigene sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit zu entwickeln, zeigt überdeutlich, wie weit Europa in der neuen Weltordnung der rivalisierenden grossen Mächte ins Hintertreffen geraten ist – politisch, wirtschaftlich und militärisch. Auch durch die mangelnde strategische und sicherheitspolitische Kompetenz Europas sind dem Westen unter der Führung der USA eine Reihe von Fehleinschätzungen unterlaufen. Dazu gehört die Annahme, Russland könne durch Sanktionen zur Einstellung des Angriffs gezwungen werden, ohne dass für die europäischen Staaten negative wirtschaftliche Auswirkungen entstehen. Das Gegenteil ist der Fall. Sie glaubten auch – und möglicherweise noch immer – die ukrainischen Streitkräfte seien in der Lage, mit westlicher Unterstützung die von Russland eroberten Gebiete einschliesslich der Krim zurückzuerobern. Die bittere Wahrheit ist, dass es der Ukraine trotz umfassender finanzieller und materieller Unterstützung nicht gelungen ist, die strategische Lage zu ihren Gunsten zu wenden. Sie ist im Gegenteil immer aussichtsloser geworden. Dazu haben die westlichen Unterstützerstaaten mit ihrem Wunschdenken, die Ukraine müsse siegen, ganz wesentlich beigetragen.

Besonders kritisch sehe ich, dass der Krieg nicht durch ernsthafte Verhandlungen der USA beziehungsweise der Nato mit Russland verhindert und die Friedenslösung, die die Ukraine und Russland im März/April 2022 nahezu erreicht hatten, vom «kollektiven Westen» torpediert wurde. Die wirtschaftlichen Konsequenzen

für Europa haben bereits jetzt ein enormes Ausmass erreicht. Sie werden auch noch viele Jahre nach dem Ende des Kriegs zu schultern sein.

Dass der ungarische Ministerpräsident Orban sowohl mit Selenskyj als auch mit Putin Möglichkeiten erörtert, den Krieg mit einem Waffenstillstand und einem Verhandlungsfrieden zu beenden, zeigt, dass er einen Weg aus der Sackgasse sucht, in die sich die Europäer durch ihr unrealistisches und strategieloses Agieren manövriert haben. Anstatt sein Bemühen um europäische Handlungsfähigkeit zu unterstützen, wurde Orban von den Brüsseler Beamten auf die übliche bürokratische Weise kritisiert, er habe kein Mandat gehabt, beziehungsweise seine Gespräche seien nicht abgestimmt gewesen. Zuspruch erhielt Orban dagegen vom slowakischen Ministerpräsidenten Fico: «Ich möchte dem ungarischen Ministerpräsidenten meine Bewunderung dafür aussprechen, dass er ohne zu zögern nach Kiew und nach Moskau gereist ist. Wenn mein Gesundheitszustand es zugelassen hätte, wäre ich gerne mitgekommen.»

Die amerikanischen und ukrainischen Interessen driften seit einiger Zeit auseinander. Auch die amerikanischen und europäischen Positionen zum Ukraine-Krieg sind auch in der Nato nicht mehr völlig deckungsgleich. Die Europäer wären gut beraten, eine Rückfallposition für den Fall zu entwickeln, dass im November ein neuer amerikanischer Präsident gewählt wird.

*Herr General Kujat, vielen Dank für das Gespräch.*

*Interview Thomas Kaiser*

# Woker Lifestyle-Militarismus oder: die GRÜNEN an der Macht – ein Epitaph

von Leo Ensel\*

**Die heutigen GRÜNEN haben mit der Partei, die 1983 in den Bundestag einzog, noch nicht mal mehr den Namen gemeinsam. Statt sich mit allen Kräften für ein Ende der Kampfhandlungen im Ukraine-Krieg und für eine diplomatische Lösung einzusetzen, eskalieren sie fröhlich bis über die Schmerzgrenze hinaus.**

Liebe GRÜNE, eure Politik, die seit zweieinhalb Jahrzehnten nichts, aber auch gar nichts mehr mit euren friedensbewegten Wurzeln der 80er Jahre zu tun hat – was offenbar die Wenigsten zu stören scheint; ja, die Allerwenigsten überhaupt realisieren –, ist einfach nicht mehr zu ertragen. Sie schreit nach Widerspruch. Kurz und in klarer deutscher Prosa: Ich hoffe, ihr werdet zusammen mit der AfD bei den kommenden Europawahlen ein krachendes Desaster, euer Waterloo erleben!<sup>1</sup> Überhaupt möchte ich euch schnellstmöglich auch im Bundestag wieder auf der wohlverdienten Oppositionsbank sehen. Und das sagt euch jemand, der euch 30 Jahre lang so treu und brav gewählt hat, wie dessen Eltern seinerzeit die CDU.

## Aber spätestens seit 10 Jahren ist damit Schluss

Kurz zu mir: Wie Hunderttausende andere Menschen bin ich in den 80er Jahren in Westdeutschland auf die Strasse gegangen und habe gegen die Stationierung von atomar bestückten Mittelstreckenraketen demonstriert, die im sogenannten «Ernstfall» innerhalb von acht Minuten alle grösseren west-

lichen Städte der Sowjetunion dem Erdboden gleich gemacht, Millionen Sowjetbürger in Leichen verwandelt und im Gegenzug das atomare Inferno in Westeuropa provoziert hätten. Damals wart ihr unsere Hoffnung. Als ihr im Frühling 1983 erstmals in den Bundestag einzogt, wart ihr das Bein der Friedensbewegung im Parlament. Und ihr habt in dieser Zeit – das sei euch nach wie vor zugestanden – den Laden gehörig aufgemischt.

## Ökopax

«Ökopax» hiess das Zauberwort, es ist bezeichnenderweise längst vergessen, damals! Ökologie, der Kampf gegen die Zerstörung der Mitwelt und der Kampf für den Frieden, also für Abrüstung, die Überwindung der Machtblöcke und für eine Welt ohne Massenvernichtungsmittel, kurz: der Kampf gegen die Vernichtung allen Lebens auf unserem Planeten – sei es durch Krieg oder «friedlich» – gehörte damals für euch, wie für alle Menschen, die in grösster Unruhe waren, selbstverständlich zusammen. Allen war klar, dass dies ein und derselbe Kampf war, nur eben an unterschiedlichen Fronten.

Das Gleiche galt für die Menschenrechte: Petra Kelly, sie trug dabei ein T-Shirt mit dem «Schwetter zu Pflugscharen»-Symbol der staatlich verfolgten DDR-Friedensbewegung, traf sich am 31. Oktober 1983 zusammen mit den grünen Bundestagsabgeordneten Gerd Bastian, Antje Vollmer, Lukas Beckmann und Otto Schily mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in Ostberlin – und anschliessend mit oppositionellen Bürgerrechtlern. Im Mai desselben Jahres waren Kelly, Bastian und andere GRÜNE sogar kurzfristig verhaftet worden, als sie auf dem Alexanderplatz ein Transparent mit der Forderung «Abrüstung in Ost und West» entrollten. Und später, im November 1987, protestierten sie gegen die Inhaftierung von Mitgliedern der Ostberliner Umwelt-Bibliothek.

Mit einem Wort: Damals wart ihr unbestechlich und habt Euch von keiner Seite vereinnahmen lassen.

## Lang, lang ist's her!

Heute habt ihr mit der damaligen Partei noch nicht mal mehr den Namen gemeinsam. Ihr seid ein bis auf die Fassade komplett entkerner Altbau. Euer Ur-Sündenfall war eure von Joschka Fischer eingefädelte Zustimmung zum Kriegseinsatz deutscher Soldaten gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Frühjahr 1999, dem ersten seit dem Zweiten Weltkrieg – und gleich ohne völkerrechtliches Mandat. – Nichts weniger als Auschwitz musste dafür herhalten, eure damals noch antimilitaristische Basis in den Krieg zu locken!

## Die Scham ist vorbei

Heute habt ihr solch atemberaubende Salti Mortali nicht mehr nötig. Die Pazifisten und Rüstungskritiker in eurer Partei, ja, selbst die Befürworter eines Waffenstillstands in der Ukraine sind entweder tot, kaltgestellt, weggeekelt, altersmilde oder halten freiwillig den Mund. Und ihr seid wieder an den Hebeln der Macht: mit einer Aussenministerin, die für die Menschenrechte über Leichen geht und einem Vizekanzler, der vor dem saudiarabischen Kronprinzen und mutmasslichen Kashoggi-Schlächter den Bückling macht. Aber statt Uno-Charta und Völkerrecht bemüht ihr nur noch eine ominöse «regelbasierte Weltordnung», die nirgends kodifiziert ist und offenbar kein Problem damit hat, die zivilen Opfer der aktuellen Kriege je nach Täter als «Kriegsverbrechen» oder «Kollateralschaden» zu verbuchen.

Immerhin spricht ihr Klartext: Eure Aussenministerin will Russland nicht etwa nur «ruinieren», she's already «fighting a war against Russia»! Statt alles dafür zu tun, das wechselseitige Töten und Sterben in der Ukraine schnellstmöglich zu stoppen, liefert ihr euch zusammen mit FDP, CDU und Tei-

\* **Leo Ensel** («Look at the other side!») ist Konfliktforscher und interkultureller Trainer mit Schwerpunkt «Postsowjetischer Raum und Mittel-/Ost-Europa». Veröffentlichungen zu den Themen «Angst und atomare Aufrüstung», zur Sozialpsychologie der Wiedervereinigung sowie Studien über die wechselseitige Wahrnehmung von Russen und Deutschen. Im Neuen Ost-West-Konflikt gilt sein Hauptanliegen der Überwindung falscher Narrative, der Deeskalation und der Rekonstruktion des Vertrauens. ([www.infosperber.ch](http://www.infosperber.ch))



len der SPD einen schrillen Überbietungswettbewerb, was die Waffenlieferungen angeht. Ihr fallt eurem Kanzler, der zum ersten Mal Rückgrat zu beweisen scheint, mit euren Forderungen nach Taurus-Marschflugkörpern – mit denen die Ukraine immerhin den Kreml und russische Atomwaffendepots pulverisieren könnte – prompt in den Rücken, morgen werdet ihr solidarisch-tapfer auch noch «European boots on the ground!» und «Germans to the front!» fordern. Für Verhandlungen dagegen, für eine diplomatische Lösung macht ihr keinen Finger krumm.

Die Folgen für die geschundene Ukraine, die gerade – auch mit den von euch geforderten und gelieferten Waffen – zu Tode verteidigt wird, in der weite Landstriche durch Minen, Uran- und Streumunition auf Jahrzehnte verseucht sind, wo die verbliebenen Soldaten auf Himmelfahrtskommandos geschickt werden und Zehntausende Menschen oder mehr bereits sterben mussten? Die Folgen für unser Land, von dem ihr laut Amtseid Schaden abzuwenden habt, das ihr aber im Worst Case in den Dritten Weltkrieg hineinzieht? – So what!!

Let's face it: Was Rüstung, Militär und Kriege angeht, seid ihr heute nichts Anderes als opportunistische Apologeten der Eskalation – die Partei des woken zeiten-gewendeten Lifestyle-Militarismus! Petra Kelly, Antje Vollmer und erst recht Heinrich Böll, dessen Namen ihr zu Unrecht schamlos für euch in Anspruch nehmt, rotieren im Grabe.

### Was Vielfalt ist, bestimmen wir!

Unter eurer farbenfrohen Regenbogenfahne hat auch noch die skurrilste Inszenierung der exotischsten erotischen Neigung ihren Ehrenplatz – nur niemand, der sich für ein Schweigen der Waffen im Ukraine-Krieg und Deeskalation mit Russland, immerhin eine Frage von Krieg und Frieden, nein: von Weiterleben und Untergang, einsetzt!

Statt dessen belegt ihr die wenigen Politiker, Publizisten und Fachleute, die es noch wagen, sich für Diplomatie und Entspannung oder gar für ein Einfrieren des Ukraine-Kriegs einzusetzen, mit öffentli-

chem Bann, sorgt im Verbund mit den Leitmedien rigoros dafür, dass sie nichts mehr zu melden haben, grenzt sie aus, macht sie mundtot – und darauf seid ihr auch noch stolz! So sehen bei euch «Toleranz und Vielfalt» aus.

Und das schafft ihr spielend, denn ihr wart längst schon zu den heimlichen Machthabern dieser Gesellschaft avanciert, bevor ihr überhaupt wieder an die Macht kamt. Die vierte Gewalt habt ihr kampflos erobert. Nahezu sämtliche relevanten Medien, bis tief in die einst so verachtete Springer-Presse, fressen euch aus der Hand. Sie sind eure Stichwortgeber und Claqueure zugleich. Und das hat Folgen: Heutzutage erfordert es erheblich mehr Mut und «Zivilcourage», sich mit euch, die ihr euch für sakrosankt haltet, anzulegen, als den Papst zu beleidigen!

Aber wo wart ihr, als der bedeutendste Abrüstungsvertrag der Weltgeschichte, der INF-Vertrag – seinerzeit das unerwartet glückliche Resultat auch eures Engagements –, jämmerlich verreckte? Habt ihr damals oder gar im Vorfeld, als noch Zeit war, «Gesicht gezeigt»? Auch nur einen einzigen Mucks von euch gegeben? Ich kann mich nicht erinnern. Und warum betreibt ihr jetzt, wo es Spitz auf Knauf steht, nichts als Totalverweigerung in Sachen Diplomatie? Warum überlasst ihr alle dringendst gebotenen Aktivitäten Ländern wie Brasilien, Südafrika, China, Italien oder dem Vatikan? – Welch grandiose Leistung einer Partei, die ihre Wurzeln in der Friedensbewegung hat!

### «An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen»

Euer pathologisch gutes Gewissen, eure gefühlte moralische Überlegenheit, die ihr wie eine Monstranz vor euch hertragt, euer inquisitorisches Insistieren auf dem allerneuesten politisch-koketten Schönsprech, eure fürsorgliche Bevormundung sämtlicher Minderheiten auf dem Planeten – die diese ungefragt über sich ergehen lassen müssen –, euer gesinnungsethisches Jakobinertum, kurz: eure toxische Selbstgerechtigkeit macht euch blind und unfähig zu erkennen, dass ihr mit

eurem tollkühnen aussenpolitischen Dilettantismus den Karren nur noch tiefer in den Dreck fahrt.

«An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen», heisst es in einem berühmten Buch! Was also sind eure Früchte? Was habt ihr erreicht mit eurer schrillen Rüstungs- und Sanktionsorgie, mit Eurer vorgeblichen Menschenrechtspolitik? Habt ihr den Krieg in der Ukraine beendet? Ein einziges Menschenleben gerettet? In «Putins Russland» einen zu Unrecht verurteilten Oppositionellen aus dem Gefängnis oder Lager befreit? Eine Organisation davor bewahrt, mit dem Etikett «ausländischer Agent» kaltgestellt zu werden? Wenigstens den «Fall Nordstream» aufgeklärt?

Sorry, aber Realpolitik ist nichts für dünnhäutige Missionare, die mit Schwarzer Pädagogik Eingeborene bekehren wollen und noch bis in die letzte Körperzelle die Überzeugung ausstrahlen, dass an ihrem Wesen die Welt genesen soll! Nichts für oberlehrerhafte Entwicklungshelfer, die der anderen Seite beibiegen, wie es – angeblich – geht, zu gehen hat.

Nein, Realpolitik – Politik, die wirklich etwas bewirken, sprich: zum Besseren wenden oder noch bescheidener: wenigstens das Schlimmste abwenden will, und zwar mit den Akteuren, die die Politik tatsächlich bestimmen – funktioniert anders! Geräuschlos und schon gar nicht bekenntnishaft. Das berühmte «starke und langsame Bohren harter Bretter mit Leidenschaft und Augenmass zugleich», das vorsichtige Knüpfen von Gesprächsfäden, das mühsame Abbauen von Misstrauen im Millimetertempo über lange Zeiträume hinweg, das umsichtige Ausloten des realen Handlungsspielraums der anderen Seite, das geduldige, extrem störungsanfällige Halten von Kontakten, namentlich zu Krisen-, gar Kriegszeiten, mit einem Wort: der Aufbau von belastbarem Grundvertrauen, ohne das nichts, aber auch gar nichts geht – all dies findet in geschütztem Rahmen, bestimmt, aber nicht vor laufenden Kameras statt.

Und es erfordert Profis, die ihr Fach beherrschen: Filigrane Feinmechaniker der Diplomatie. Menschen, die die andere Seite, ihre

# «Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts»

von Dr. Stefan Nold

**W**illy Brandt hat einmal gesagt: «Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.»<sup>1</sup> Es ist das erste von meinen Zwölf Friedensgeboten.<sup>2</sup> Ein anderes stammt von John Lennon: «All we are saying, is give peace a chance.»<sup>3</sup> Alles was wir sagen ist: Gebt dem Frieden eine Chance. Was ist das Gegenteil von Frieden?

Im Ruhrgebiet gab es mal einen mutigen und frommen Pfarrer, der unter den Nazis mehrmals im Kittchen gesessen hat. Er hiess Wilhelm Busch, so wie der bekannte Zeichner und Humorist. Dieser Pfarrer berichtet, wie er im Ersten Weltkrieg im Alter von 18 Jahren mit einem Kameraden bei Verdun in einem Strassengraben auf den Befehl zum Vorrücken gewartet hat. Um sich die Zeit zu vertreiben, erzählen sich die beiden gegenseitig dreckige Witze. Als Busch seinen Witz erzählt hat, bekommt er keine Antwort. Er fragt: «Warum lachst du nicht?» Da kippt der Kamerad tot um. Ein Granatsplitter hat ihn direkt ins Herz getroffen. Busch denkt: «Wenn wir jetzt anders herum gesessen hätten, dann hätte es mich erwischt.» Es wird ihm klar: «Ich habe alle Gebote Gottes übertreten! Und wenn ich jetzt einen Schuss kriege, dann stehe ich vor Gott!» Die Angst packt ihn und einige Zeit später fragt er einen Militärfarrer: «Was soll ich tun, dass ich nicht in die Hölle komme?» Und der antwortet: «Herr Leutnant, wir müssen erst einmal siegen. Siegen, siegen!»<sup>4</sup>

Interessen und ihre Werte, ihre Geschichte, ihre Kultur, ihre Traumata und Tabus, aber auch ihren Stolz gut kennen und begierig sind, dies alles immer noch besser und tiefer zu verstehen. Personen, die bereit und in der Lage sind, sich probeweise in ihr Gegenüber, und sei es ihnen noch so fern, fremd oder gar unsympathisch, zu versetzen und die Welt aus dessen Perspektive wahrzunehmen. Persönlichkeiten, die sich nicht zu schade sind, zur

Wenn wir heute unsere Politiker fragen, wie wir zum Frieden kommen, dann antworten die alle wie dieser Militärfarrer vor über 100 Jahren bei Verdun: «Wir müssen erst einmal siegen! Siegen, siegen!»

Papst Franziskus sagt: «Der ist stärker, der den Mut hat, die weisse Fahne zu schwenken.»<sup>5</sup> Das ist auch eines von den Zwölf Friedensgeboten. Aber Papst Franziskus ist die grosse Ausnahme. Sonst marschiert die Kirche im Gleichschritt mit dem Staat,<sup>6</sup> so wie sie das schon immer gemacht hat.

## Falsche Propheten

Vor kurzem hat unsere Pfarrerin über Jeremia 23 gepredigt. Da geht es um falsche Propheten. Das hat sie zum Anlass genommen, über Desinformation und Fake News zu sprechen. Und an den Anfang hat sie ein Zitat von Josep Borrell gesetzt, der in der EU einer der grössten Kriegstreiber ist. Ich habe ihr hinterher gesagt: «Wo waren denn bei Jeremia die falschen Propheten? Du hast es in deiner Predigt selbst gesagt: Sie waren am Königshof und haben Geld für ihre Prophezeiungen bekommen. Jeremia nicht, im Gegenteil.» Als der in seiner Tempelrede den Leuten ins Gewissen geredet hat, hätten sie ihn fast gelyncht. Dann hat er sich aufs Schreiben verlegt, aber da hat der König seine gesamte Schriftrolle verbrannt, so dass Jeremia sie neu schreiben musste.<sup>7</sup> Die zornigen Propheten des alten Testaments wie Jeremia, Jesaja,

Not als Reparaturarbeiter in die verstopften Kloaken der Politik abzutauchen, sie zu reinigen, sich, wenn es sein muss, gar mit dem «Teufel» an einen Tisch zu setzen – und die über Souveränität und Rückgrat verfügen, öffentliche gesinnungsethische Prügel gelassen einzustecken.

Zu Zeiten des (ersten) Kalten Krieges gab es solche Persönlichkeiten, wie unterschiedlich die jeweiligen Regierungskonstellatio-

Amos, Hosea oder Micha, das waren nicht die Hofprediger, das waren die alternativen Medien von damals. Und die haben sich viel drastischer und plastischer ausgedrückt als wir heute. Der Prophet Micha (3, 9–12) sagt: «So höret doch dies, ihr Häupter im Hause Jakob und ihr Herren im Hause Israel, die ihr das Recht verabscheut und alles, was gerade ist, krumm macht; die ihr Zion mit Blut baut und Jerusalem mit Unrecht – seine Häupter richten für Geschenke, seine Priester lehren für Lohn und seine Propheten wahrsagen für Geld – und euch dennoch auf den Herrn verlasst und sprecht: Ist nicht der Herr unter uns? Es kann kein Unglück über uns kommen. Darum wird Zion um euretwillen wie ein Acker gepflügt werden, und Jerusalem wird zu Steinhäufen werden und der Berg des Tempels zu einer Höhe wilden Gestrüpps.»<sup>8</sup> Das droht Israel heute wieder und uns hier heute auch.

## Herz und Verstand von Nöten

Am 26. September 1983 um fünfzehn Minuten nach Mitternacht, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, standen zwischen uns und dem Weltuntergang für 17 lange Minuten nur Herz und Verstand eines einzelnen Menschen. Das atomare Gefechtsführungszentrum der Sowjetunion hatte einen Angriff von US-Atomraketen gemeldet, die Sirenen heulten, und auf den Bildschirmen blinkte in grossen roten Buchstaben: «Raketenstart» mit maximaler Wahr-

nen auch aussehen mochten. Und sie waren mal höchst erfolgreich.

Liebe GRÜNE, Hand aufs Herz: Habt ihr solche Menschen in euren Reihen? ■

<sup>1</sup> Der Artikel wurde vor den Europawahlen verfasst

Quelle: [globalbridge.ch/woker-life-style-militarismus-oder-die-gruenen-an-der-macht-ein-epitaph/](https://globalbridge.ch/woker-life-style-militarismus-oder-die-gruenen-an-der-macht-ein-epitaph/) veröffentlicht am 11.05.2024

scheinlichkeit. 200 Leute warteten auf den Befehl zum Gegenschlag, aber Stanislaw Petrow, der diensthabende Leiter, hatte Zweifel und schickte seine Raketen nicht los.<sup>9</sup> Im gleichen Jahr kam Friedel Geratsch von der Musikgruppe Geier Sturzflug mit dem Lied heraus: «Besuchen Sie Europa, solange es noch steht»:

*Wenn im Canale Grande  
U-Boote vor Anker gehen  
und auf dem Petersplatz in Rom  
Raketenabschussrampen stehen  
überm Basar von Ankara  
ein Bombenteppich schwebt  
und aus den Hügeln des Olymp  
sich eine Pershing Zwei erhebt,*

*dann ist alles längst zu spät,  
dann ist, wenn schon nichts mehr geht;  
besuchen Sie Europa,  
solange es noch steht.*

*Vor dem alten Kölner Dom  
steigt ein Atompilz in die Luft  
und der Himmel ist erfüllt  
von Neutronenwaffelduft  
wenn in Paris der Eiffelturm  
zum letzten Gruss sich westwärts neigt  
und in der Nähe von Big Ben  
sich zartes Alpenglügen zeigt,*

*dann ist alles längst zu spät,  
dann ist, wenn schon nichts mehr geht;  
besuchen Sie Europa,  
solange es noch steht.*

*Wenn aus der Haute Cuisine  
ein Hexenkessel wird  
wo sich der Koch aus Übersee  
seine alte Welt flambiert,  
da wird gelacht und applaudiert,  
denn selbst der Kellner kriegt 'n Tritt  
was bleibt uns ausser der Kultur,  
wir wünschen guten Appetit,*

*dann ist alles längst zu spät,  
dann ist, wenn schon nichts mehr geht  
Besuchen Sie Europa,  
solange es noch steht,  
solange es noch steht,  
solange es noch steht.<sup>10</sup>*

### Wieder fünf vor Zwölf

Grauhaarig stehe ich in weissem Hemd, mein Plakat mit den 12 Friedensgeboten um den Hals und mit meiner zerfledderten, kleinen schwarzen Konfirmandenbibel in der Hand auf dem Mäuerchen um den Löwenbrunnen in Darmstadt-Arheilgen. Die kleine Gruppe von

Montagsmarschierern applaudiert und einige Passanten. Aber die meisten gehen vorbei, obwohl wir uns demnächst auf einiges gefasst machen müssen: Bei erneuten Angriffen der Nato-Staaten auf das russische Atomraketen-Frühwarnsystem wie kürzlich auf Armawir<sup>11</sup> oder vergleichbare Objekte müssen wir damit rechnen, dass die Kommando- und Kontrollstationen, von denen aus die Datenpakete für solche Angriffe geschnürt werden,<sup>12</sup> mit Salven von Hyperschallraketen zerstört werden. Deren gewaltige Bewegungsenergie wird vom Europa-Hauptquartier der US-Streitkräfte in Wiesbaden-Erbenheim oder der Air Base in Ramstein auch ohne Atomsprenköpfe nicht viel übrig lassen. Dann wird sich die Empörung des globalen Südens in Grenzen halten und Ramstein, von wo die US-Drohnenkriege in aller Welt gesteuert worden sind, wird man dort keine Träne nachweinen.

### Technische Intelligenz und abgrundtiefe politische Dummheit

Was machen wir dann? Ein guter Schachspieler prüft konzentriert schweigend wieder und wieder die Möglichkeiten seines Gegners und passt ständig seine Strategie an, statt plappernd und ohne Plan seine Figuren zu bewegen – und gibt bei eindeutigem Vorteil des Gegners auf, anstatt sich bis zum Matt zu quälen. Anders als Nikita Chruschtschow in der Kuba-Krise hat Wladimir Putin in Washington kein Pendant wie John F. Kennedy, der mit einer seltenen Kombination aus Humanität und Entschlossenheit in der Lage war, seine Falken im Zaum zu halten. In den Führungsetagen des Westens erkenne ich keine Menschen mehr, nur noch Figuren wie Kaiser Wilhelm II, mit und ohne Penis, aber allesamt borniert, selbstverliebt und unsagbar dämlich. Werden die noch zu Verstand kommen oder haben sie schon den Autopiloten nach Armageddon eingeschaltet? Wird uns diese merkwürdige Mischung aus höchster technischer Intelligenz und abgrundtiefer politischer Dummheit tatsächlich eines Tages in den Abgrund reißen? Wie kommen wir

raus aus dieser Nummer? Der chinesisch-amerikanische Philosoph Lin Yutang machte 1937, am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, in seinem Buch «The importance of living» den Vorschlag: «Auch wenn Europa am Rande eines katastrophalen Krieges zu stehen scheint, können wir immer noch zu den Konferenzen unsere schlechtesten Diplomaten hinschicken oder die mit der meisten «Erfahrung», oder die selbstherrlichen Blender, die Ehrgeizigen, die Mauschler, die Angsthasen, die Pedanten – sogar die, die unbedingt der Menschheit «dienen» wollen. Wenn zu Beginn jeder Sitzung am Vormittag und am Nachmittag als Pflichtprogramm für zehn Minuten ein Mikkey-Mouse Film gezeigt wird, den sich jeder Diplomat anschauen muss, dann kann jeder Krieg noch verhindert werden.»<sup>13</sup> Man hat auf Lin Yutang nicht gehört, natürlich nicht. Wie es ausgegangen ist, wissen wir.

### Noch ist es nicht zu spät

Bei den diesjährigen Filmfestspielen in Cannes hat der Film «Anora» die Goldene Palme gewonnen. Der Regisseur, Sean Baker kommt aus Hollywood, die Hauptdarsteller aus Los Angeles (Mikey Madison), Nischni Nowgorod (Mark Eydalsteyn) und aus der Nähe von Moskau (Yuriy Borisow); der Plot ist ein bisschen wie «Pretty Woman:» Der Sohn eines russischen Oligarchen und eine Escort Lady aus Brooklyn lernen sich kennen und lieben und heiraten prompt. Als die Eltern in Russland die Nachricht erhalten, reisen sie nach New York, um die Ehe zu annullieren.<sup>14</sup> Russia Today jubelte: «Viel Liebe, ein Roadmovie, eine Menge russischer Schimpfworte und der Charme russischer und armenischer Schauspieler..., die aktiv in Russland drehen»<sup>15</sup> – was unsere verbiesterte Presse geflissentlich verschwiegen hat. Die Vorsitzende der Jury, Greta Gerwig, sagte zur Begründung, der Film hätte die Jury an Klassiker wie Ernst Lubitsch und Howard Hawks erinnert.<sup>16</sup> In Cannes erntete der Film minutenlange stehende Ovationen. Wunderbar! Wenn etwas von der Ära des Berlins der Goldenen 20er Jahre, die in den USA durch emigrierte Regisseure wie Billy Wil-

der oder Ernst Lubitsch einige Jahre weitergelebt hat, heute wieder in unsere verbissene, selbstgerechte Zeit zurück käme, wäre das die beste Medizin gegen den Weltuntergang. Es ist der Humor, die Spontaneität, die Verrücktheiten, die uns zu Menschen machen, nicht die Relativitätstheorie und auch nicht die Religion von Himmel und Hölle. Uwe Rahn, Pfarrer aus dem westfälischen Schwelm, hat zu der Melodie eines alten Kirchenliedes einen Text geschrieben: «Wohl denen, die noch träumen».<sup>17</sup> Darin heisst es:

*Und die, die fröhlich lachen,  
behalt in deiner Hut  
Die auch mal Unsinn machen  
o Herr, schenk ihnen Mut  
Wir brauchen ihren Lebenssaft  
zu nüchtern ist die Welt  
Gib den Verrückten Kraft!*

Abie Nathan, der israelische Friedensaktivist, der in den siebziger Jahren mit seinem Radiosender «The Voice of Peace» auf seinem Schiff «von irgendwo im Mittelmeer» die Herzen der Menschen von Beirut bis Tel Aviv erreicht hat, war so ein Verrückter. «Er sah die Realität, und es war ihm vollkommen klar, dass man in dieser von Krieg zerrütteten Welt nicht mehr weiterleben konnte. Israel hätte schon lange Frieden haben können, wenn wir Abies Weltsicht, seiner Denkweise gefolgt wären.»<sup>18</sup> sagt Ruth Dayan, die Witwe des ehemaligen Verteidigungsministers mit der Augenklappe, Moshe Dayan, der Abie Nathan von Anfang an ins Gefängnis stecken wollte. Abie Nathan ist tot und vergessen. Auf seinem Grabstein steht: «Ich habe es versucht.» Dieses Mal muss es gelingen, sonst ist alles aus. Wir müssen unsere Nachbarn und Freunde in den Arm knei-

fen und sie zurück holen aus ihrer Hypnose durch die ganze Bagage unfähiger Politclowns und ihrer öffentlich-unrechtlchen Knallchargen. Wir haben keinen Bock auf Armageddon! ■

<sup>1</sup> Brandt, Willy (1981): Rede zur Festveranstaltung anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Verlags J.H.W. Dietz Nachf. in Bonn [https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2019/09/WB\\_BerlinerAusgabe\\_05.pdf#page=363](https://www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2019/09/WB_BerlinerAusgabe_05.pdf#page=363)

<sup>2</sup> Nold, Stefan (27.3. 2024): Weisser Montag für den Frieden. [https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-5-vom-27-maerz-2024.html#article\\_1658](https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-5-vom-27-maerz-2024.html#article_1658), 9. Jg, Nr. 5, S. 16-18. Zeitgeschehen im Fokus, CH-Dietlikon

<sup>3</sup> Lennon, John, Yoko Ono et al. (1969): Give peace a chance. Aufnahme vom «Bed In» am 1.6.1969 im Queen Elisabeth Hotel, Montreal. Aus dem Album: Live Peace in Toronto. Abbey Road Studio. Parlophone/EMI: London

<sup>4</sup> Busch, Wilhelm (2014): Achtung Lebensgefahr! Aus: Jesus unser Schicksal. Vorträge von Tonbändern, S. 61 – 62. 46. Auflage. Neukirchener Verlagsgesellschaft: Neukirchen-Vluyn.

<sup>5</sup> Papst Franziskus (9.3.2024): «Ich denke, dass der stärker ist, der die Situation erkennt, der an das Volk denkt und den Mut hat, die weisse Flagge zu schwenken und zu verhandeln.» Aus einer Stellungnahme zu einem Interview des Papstes mit Lorenzo Buccella. <https://www.vaticannews.va/de/vatikan/news/2024-03/papst-franziskus-ukraine-verhandlungen-presseprieger-erklaerung.html> Vatican News: Città del Vaticano.

<sup>6</sup> Overbeck, Franz-Josef (4.6.2024): Waffenlieferungen an die Ukraine ethisch vertretbar. Interview von Stefan von Kempis mit dem kath. Militärbischof. [https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2024-06/overbeck-krieg-waffen-ethik-deutschland-ukraine-bischof-russland.html?utm\\_source=newsletter&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=NewsletterVN-DE](https://www.vaticannews.va/de/kirche/news/2024-06/overbeck-krieg-waffen-ethik-deutschland-ukraine-bischof-russland.html?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=NewsletterVN-DE) Vatican News: Città del Vaticano. Kommentar: Chr. Müller <https://globalbridge.ch/wer-waffen-liefert-will-toeten-helfen/>

<sup>7</sup> Schwager Hans (1968): Schriften der Bibel literaturgeschichtlich geordnet. Band I, Einleitung zu Kapitel: Jeremia, S. 186 – 188. Calwer: Stuttgart.

<sup>8</sup> Die Bibel oder die ganze Heilige Schrift des Alten und Neuen Testaments Nach der deutschen Übersetzung Martin Luthers. (1971) Württembergische Bibelanstalt: Stuttgart.

<sup>9</sup> Petrow, Stanislaw (18.02.2013): Der rote Knopf hat nie funktioniert. Interview, geführt von Stefan Locke. <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/offizier-petrow-im-gespraech-der-rote-knopf-hat-nie-funktioniert-12084911.html>, Frankfurter Allgemeine Zeitung: Frankfurt.

<sup>10</sup> Geratsch, Friedel (1983): Besuchen Sie Europa

(solange es noch steht). Album 205 555 der Gruppe Geier Sturzflug: Heisse Zeiten. Ariola: München (heute: Sony Music Entertainment Germany: Berlin) <https://www.youtube.com/watch?v=JlPfyDKqyH8>

<sup>11</sup> Reinsner, Markus (26.5.2024): Drei Fragen zum Angriff auf das russische Atomraketen-Frühwarnsystem: Oberst Reinsner antwortet. <https://www.bundesheer.at/aktuelles/detail/drei-fragen-zum-angriff-auf-das-russische-atomraketen-fruehwarnsystem-oberst-reinsner-antwortet>, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien.

<sup>12</sup> Ritter, Scott (5.6.2024): On my way to Russia, I met big brother. Interview mit Andrew Napolitano. <https://www.youtube.com/watch?v=I0sW84wYdZg> (Minute 25:00 – 27:00). Youtube-Kanal: Judging Freedom. <https://www.youtube.com/@judgingfreedom>

<sup>13</sup> Yutang, Lin (1937): On the Sense of Humour. Originalzitat: When Europe seems to be on the brink of a catastrophic war, we may still send to the conferences our worst diplomats, the most «experienced» and self-assured, the most ambitious, the most whispering, most intimidated and correct and properly scared, even the most anxious to «serve» mankind. If it be required that, at the opening of every morning and afternoon session, ten minutes be devoted to the showing of a mickey mouse picture, at which all diplomats are compelled to be present, any war can still be averted. Aus: The Importance of living, Neuausgabe (1998) S. 78. Quill: New York. (Originalausgabe: William Morrow: New York).

<sup>14</sup> Festival de Cannes (2024). Anora. Sean Baker. Palme d'Or. <https://www.festival-cannes.com/en/f/anora/> Festival de Cannes: Paris.

<sup>15</sup> Meldung (3.6.2024) Wutanfall in Kiew: Ein US-Film über «gute Russen» schlägt ukrainische Bewerber und gewinnt in Cannes <https://der.site/europa/207744-wutanfall-in-kiew-us-film-ueber-gute-russen-gewinnt-in-cannes/> TV-Novosti: Moskau.

<sup>16</sup> D'Allesandro, Anthony (25.5.2024): Greta Gerwig-Led Cannes Jury On Awarding Palme d'Or To 'Anora' In Year That Had «Embarrassment Of Riches» <https://deadline.com/2024/05/cannes-jury-greta-gerwig-anora-1235941194/> Deadline. Penske Media Corporation (PMC): Los Angeles und New York.

<sup>17</sup> Rahn, Uwe (2007): Wohl denen, die noch träumen. Melodie: Heinrich Schütz (1661). Aus der CD: Lauter Leise Lieder. Produziert von: Andreas Schulte und Uwe Rahn: Ennepetal und Schwelm. Siehe auch: «Segenslied» in: Lieder zwischen Himmel und Erde (2015) Tvd Verlag: Düsseldorf. Sowie als Kirchenlied 41 aus: EGplus Beiheft zum Evangelischen Evangelischen Gesangbuch für die Ev. Kirche in Hessen-Nassau und die Ev. Kirche Kurhessen-Waldeck (3. Aufl. 2017) Verlag Ev. Medienverband, Frankfurt.

<sup>18</sup> Fiedler, Erik (2.1.2014) (Buch und Regie): The voice of peace – Der Traum des Abie Nathan. TV Dokumentarfilm. <https://www.youtube.com/watch?v=g43j8L-lr2I> [Minute:59:30 – 1:00:35] Produktion: Silke Schütze, NDR Hamburg

## Impressum

# Zeitgeschehen im Fokus

Erscheinung: ca. 18mal jährlich

**Herausgeber** Verein Zeitgeschehen im Fokus | Postfach | CH 8305 Dietlikon

**Redaktion** Dr. phil. Henriette Hanke Güttinger (hng), Thomas Kaiser (thk), Reinhard Koradi (rk)

**Produktion und Gestaltung** Robert Hofmann (roho), Andreas Kaiser (ak)

**Kontakt** [redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch](mailto:redaktion@zeitgeschehen-im-fokus.ch)

**Online** [www.zeitgeschehen-im-fokus.ch](http://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch)

© 2024 für alle Texte und Bilder bei der Redaktion. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle.

## Abonnieren Sie

# Zeitgeschehen im Fokus

**Online-Ausgabe** CHF/Euro 50.00/Jahr

**Print-/Online-Ausgabe** CHF/Euro 80.00 Jahr

**Einzelausgabe:** CHF/Euro 5.00

**WIR-Bank-Konto** 679.098-07.1800

**IBAN** CH32 0839 1679 0980 7180 0

**Bestellung** [abo@zgif.ch](mailto:abo@zgif.ch)

**Online** [www.zeitgeschehen-im-fokus.ch](http://www.zeitgeschehen-im-fokus.ch)

## Israel / Palästina

## «Frieden ist für alle ein Menschenrecht»

Interview mit Prof. Dr. iur. et phil. Alfred de Zayas, Völkerrechtler und ehemaliger Uno-Mandatsträger

**Zeitgeschehen im Fokus** Israel führt den Krieg gegen die Palästinenser weiter, obwohl der Internationale Gerichtshof das Vorgehen Israels scharf verurteilt hat. Ist das Urteil dadurch Makulatur?

**Prof. Dr. Alfred de Zayas** Eine berechtigte Frage. Seit eh und je hängt die Glaubwürdigkeit der Institutionen davon ab, ob ihre Urteile und Beschlüsse umgesetzt werden. Zweifellos stellt Israels offene Rebellion gegen das Völkerrecht, gegen den Internationalen Gerichtshof, gegen die Resolutionen des Uno-Sicherheitsrats und der Uno-Generalversammlung eine ernste Herausforderung für die internationale Gesellschaft dar. Seit Jahrzehnten beobachten wir eine Verachtung der Institutionen durch die israelischen Regierungen. Das stellt letztlich eine Negation der Rechtsstaatlichkeit dar. Es gibt Präzedenzfälle, die wir alle geduldet haben. Die Nato hat das Völkerrecht in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und so weiter ohne Konsequenzen missachtet. Nato-Staaten haben gegen die Artikel 5, 6, 7 und 8 des Statuts von Rom verstossen – bisher in völliger Straffreiheit. Die USA haben etliche Kriege auf der ganzen Welt entfacht, Regierungen in Lateinamerika, Afrika und Asien gestürzt, Folter in Abu Ghraib, Guantanamo, Mosul, Falludscha praktiziert, Uranmunition und andere verbotene Waffen eingesetzt, die ganze Gebiete radioaktiv verseucht haben. Diese Kultur der Straflosigkeit, der Impunität, hat die Autorität der Uno und des gesamten rechtlichen Systems unterminiert. Mitverantwortlich sind unsere Regierungen in Washington, Ottawa, London, Paris, Berlin, Madrid, Rom, Warschau, Tallinn, Riga, Vilnius, Helsinki, die dies geduldet haben. Mitverantwortlich sind die Medien, die die Verbrechen decken, verleugnen, weisswaschen oder einfach totschweigen.

Das Völkerrecht ist keine Makulatur. Seine Umsetzung verlangt die Macht des Staates. Nur eine neue Weltordnung, eine multipolare, multilaterale Machtstruktur kann

die Verantwortlichen in Jerusalem, Washington, London, Paris und Berlin zur Rechenschaft ziehen. Die Institutionen, die heute existieren – Internationaler Gerichtshof, Internationaler Strafgerichtshof, Uno-Menschenrechtshof und so weiter – dienen bis heute vor allem den erwähnten Staaten.

*1948 wurde Palästina nach dem von der Generalversammlung beschlossenen Teilungsplan geteilt. Die Palästinenser wehrten sich dagegen, weil die Teilung eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechts sei. Wie ist das völkerrechtlich zu beurteilen?*

Die Uno hat das britische Mandat über Palästina beendet und Israel geschaffen. Sie hatte aber auch eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass ein lebensfähiger palästinensischer Staat entstehen würde, der das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser umsetzt. Genau, weil die Uno Israel kreierte, hat sie eine moralische Verpflichtung, Palästina ebenfalls entstehen zu lassen. Nach der verbrecherischen Judenvernichtung im Dritten Reich hatten die Europäer zu Recht ein schlechtes Gewissen gegenüber dem jüdischen Volk und einen starken Wunsch, eine gewisse Wiedergutmachung zu leisten, leider auf Kosten der Palästinenser, die nichts mit der «Endlösung der Judenfrage» zu tun hatten. Für diesen Bruch der elementaren Justiz und für die Konsequenzen, die sofort folgten, nämlich die ethnische Säuberung von beinahe einer Million Palästinensern, die zur Flucht gezwungen wurden, wobei Zehntausende starben, was als Nakba oder Katastrophe in die Geschichte eingegangen ist, sind vor allem die USA verantwortlich, aber auch die Europäer, die Israel von Anfang an mit Waffen belieferten, die gegen die Palästinenser eingesetzt wurden und bis heute werden.<sup>1</sup>

Der Genozid<sup>2</sup>, den wir heute beobachten, ist die Fortsetzung der Nakba. Allerdings begann der Krieg gegen die Palästinenser nicht mit dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023, sondern bereits 1946



Prof. Dr. Alfred de Zayas (Bild zvg)

bis 1947. Hätte der Westen nach der massiven Reaktion Israels vom 8. Oktober die Waffenlieferungen eingestellt, wäre Israel nicht in der Lage gewesen, so brutal und über einen so langen Zeitraum gegen die palästinensische Zivilbevölkerung Krieg zu führen. Wir im Westen haben das Völkerrecht korrumpiert und eine Apologie der Verbrechen Israels betrieben. Wir sind also mit-schuldig, und eines Tages werden auch unsere Politiker und Militärs zur Rechenschaft gezogen werden.

*Von wem?*

Von der globalen Mehrheit in Lateinamerika, Afrika und Asien, die unseren Imperialismus nicht mehr mittragen wollen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist zwingendes Völkerrecht – jus cogens. Mit der Unterstützung Chinas, Brasiliens, Mexikos, Südafrikas und so weiter wird dieses Recht früher oder später auch für die Palästinenser Realität. Man kann sich durchaus vorstellen, dass die Staaten der globalen Mehrheit ein Sondertribunal ins Leben rufen, einen ad hoc Strafgerichtshof für Palästina, der gemäss dem Prinzip der universalen Jurisdiktion gewiss rechtsstaatlich wäre.

*Immer wieder hört man, dass es eine Zweistaatenlösung braucht. Ist das heute noch realistisch?*

Israel selbst hat die Zweistaatenlösung unterminiert. Die israelischen Regierungen haben seit eh und je nur Lippenbekenntnisse für eine eventuelle Zweistaatenlösung gegeben. Israel will aber auch keine Einstaatenlösung. Israel will die totale Herrschaft über das Gebiet. Genauso haben die

europäischen Einwanderer in Amerika im 17. Jahrhundert gehandelt, die den ganzen amerikanischen Kontinent für sich in Anspruch nahmen, das ganze Land, aber ohne Menschen, ohne die Algonkins, Cherokees, Crees, Irokesen, Mohikaner, Sioux und so weiter. Als die Europäer nach Amerika kamen, lebten schätzungsweise zehn Millionen Autochthone auf dem nördlichen Kontinent – die Europäer haben sie nach und nach liquidiert. Nicht ohne Grund schrieb Martin Luther King, Jr. «Our land was born in genocide» (Unser Land ist im Völkermord geboren. Why we can't wait, 1964, S. 141 ff.). Er sprach von den «Indianern», nicht von den afrikanischen Sklaven.

*Stehen Sie mit Ihrer Beurteilung der Situation alleine da?*

Nein. Alle Uno-Sonderberichterstatter über Palästina denken und schreiben wie ich. Die Hochkommissarin Navi Pillay auch – vor allem in ihrer Rolle als Präsidentin der Uno-Sonderkommission über Palästina. Die neue Sonderberichterstatterin Francesca Albanese hat mehrere sehr deutliche und pragmatische Berichte vorgelegt. John Dugard, Richard Falk, Michael Lynk, alle finden, dass Israel ein Apartheidstaat ist, und dass Israels Gaza-Aktionen Völkermord gemäss der 1948 Konvention darstellen.

Professor Norman Finkelstein hat das führende Buch zu Gaza geschrieben – Gaza, University of California Press, 2019, ein Buch, das ich häufig zitiere.

Professor Ilan Pappé, mit dem ich oft auf Panels gewesen bin, denkt so wie ich. Sein Buch über «The ethnic cleansing of Palestine» muss man gelesen haben.

Also – isoliert bin ich sicher nicht.

*Netanjahu wehrt sich gegen einen palästinensischen Staat. Kann das völkerrechtlich begründet werden?*

Netanjahu spielt mit der Zeit und mit der Machtlosigkeit der Uno. Er ignoriert zwingendes Völkerrecht nur, weil er dabei die Unterstützung der USA und Europas genießt. Darum sind die Staaten des Westens für den Völkermord an den Palästinensern mitverantwortlich.

**UNITED NATIONS**



Thirtieth session  
Agenda item 68

**General Assembly**

**A**

Distr.  
GENERAL

A/RES/3379 (XXX)  
10 November 1975

RESOLUTION ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY  
[on the report of the Third Committee (A/10320)]

**3379 (XXX). Elimination of all forms of racial discrimination**

*The General Assembly,*

*Recalling its resolution 1904 (XVIII) of 20 November 1963, proclaiming the United Nations Declaration on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination, and in particular its affirmation that "any doctrine of racial differentiation or superiority is scientifically false, morally condemnable, socially unjust and dangerous" and its expression of alarm at "the manifestations of racial discrimination still in evidence in some areas in the world, some of which are imposed by certain Governments by means of legislative, administrative or other measures",*

*Recalling also that, in its resolution 3151 G (XXVIII) of 14 December 1973, the General Assembly condemned inter alia, the unholy alliance between South African racism and zionism,*

*Taking note of the Declaration of Mexico on the Equality of Women and Their Contribution to Development and Peace,1/ proclaimed by the World Conference of the International Women's Year, held at Mexico City from 19 June to 2 July 1975, which promulgated the principle that "international co-operation and peace require the achievement of national liberation and independence, the elimination of colonialism and neo-colonialism, foreign occupation, zionism, apartheid and racial discrimination in all its forms, as well as the recognition of the dignity of peoples and their right to self-determination",*

*Taking note also of resolution 77 (XII) adopted by the Assembly of Heads of State and Government of the Organization of African Unity at its twelfth ordinary session,2/ held at Kampala from 28 July to 1 August 1975, which considered "that the racist regime in occupied Palestine and the racist regimes in Zimbabwe and South Africa have a common imperialist origin, forming a whole and having the same racist structure and being organically linked in their policy aimed at repression of the dignity and integrity of the human being",*

*Taking note also of the Political Declaration and Strategy to Strengthen International Peace and Security and to Intensify Solidarity and Mutual Assistance among Non-Aligned Countries,3/ adopted at the Conference of Ministers for Foreign Affairs of Non-Aligned Countries held at Lima from 25 to 30 August 1975, which most severely condemned zionism as a threat to world peace and security and called upon all countries to oppose this racist and imperialist ideology,*

*Determines that zionism is a form of racism and racial discrimination.*

*2400th plenary meeting  
10 November 1975*

1/ E/5725, part one, sect. I.

2/ See A/10297, annex II.

3/ A/10217 and Corr.1, annex, p. 3.

*Die Lage könnte sich im Nahen Osten zu einem Flächenbrand entwickeln.*

Die Gefahr ist gross. Wenn Israel Libanon und Iran angreift, werden diese Staaten eskalieren, und dies könnte die Türkei mit ins Spiel bringen, auch Ägypten und Saudi-Arabien, die sich bisher schändlich verhalten haben.

*Was heisst das, wenn die Türkei sich ins Spiel bringen würde? Was ist davon zu erwarten?*

Die Türkei ist eine Militärmacht und darf nicht unterschätzt werden. Sie hat eine mächtige Luftwaffe, eine starke Marine und eine grosse Armee. Wenn sich die Türkei auf Seiten der Palästinenser oder der Libanesen einmischt, dann kann sich Israel nur noch mit Atomwaffen verteidigen. Eine derartige Eskalation ist unbedingt zu vermeiden.

*Wie ist aus Ihrer Sicht der Überfall der Hamas zu werten, der immer wieder als Begründung für die immer schärfer werdende Auseinander-*

*setzung bemüht wird?*

Die Hamas hat Kriegsverbrechen begangen – aber keinen Völkermord. Israel betreibt Völkermord seit der Nakba 1946 bis 1948.<sup>3</sup> Man muss es wiederholen: Der Gaza-Krieg begann nicht am 7. Oktober 2023, genauso wenig wie der Krieg in der Ukraine am 24. Februar 2022 begann, sondern am 22. Februar 2014 mit dem US-unterstützten Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch.

*Israel greift immer wieder den Libanon und Syrien an als Vergeltung für Angriffe der Hisbollah oder anderer Milizen und begründet das mit einer Bedrohung aus den Nachbarländern. Lassen sich solche Angriffe völkerrechtlich legitimieren?*

Nein, Israels Bombardierungen sind keine Vergeltungsmassnahmen. Sie gehören in die Kategorie der Aggression gemäss der Uno-Generalversammlungsresolution 3314, die die Aggression definiert. Auch gemäss Art. 5 des Statuts von

Rom<sup>4</sup> und der Kampala Definition.<sup>5</sup>

*Bis heute wird man in unseren Medien angegriffen, wenn man sich mit der aktuellen Politik Israels kritisch auseinandersetzt. Häufig wird in den Medien und in der Politik Kritik an der israelischen Reaktion auf den brutalen Überfall der Hamas als Ausdruck von Antisemitismus gewertet. Wie sehen Sie das?*

Hier muss ganz klar gesagt werden, dass Kritik an der Politik der israelischen Regierung keinesfalls antisemitisch ist. Sonst wären die 15 Richter des Internationalen Gerichtshofs Antisemiten. Auch die Politiker und Anwälte von Südafrika, Bolivien, Irland, Kolumbien, Nicaragua, Algerien, Djibouti und so weiter, die Israel vor dem Internationalen Gerichtshof und vor dem Internationalen Strafgerichtshof anklagten. Es geht hier vor allem um die Geltung der Völkermordkonvention von 1948, des Statuts von Rom von 1998, der Uno Charta, der Nürnberger Prinzipien, des Völkerrechts überhaupt – ohne «Exzeptionalismus» oder Doppelmoral.

Israel ist ein Staat und hat eine Regierung. Die jüdische Bevölkerung in Israel und die jüdische Bevölkerung ausserhalb Israels darf nicht mit der jetzigen israelischen Regierung gleichgesetzt werden. Wie überall auf der Welt, gibt es auch Juden, die so denken, und auch jene, die das Gegenteil denken. Quot homines, tot sententiae. Also muss man sich vor jeder Verallgemeinerung hüten. Nicht alle Israelis und nicht alle Juden in der Welt sind Zionisten, nicht alle unterstützen die Politik von Benjamin Netanjahu. Viele in Israel wollen seit Jahrzehnten Frieden mit den Palästinensern, einige sind für eine Zweistaatenlösung, einige für eine Einstaatenlösung, wobei alle die gleichen Rechte geniessen würden. Viele Juden im Ausland, in den USA, in Europa und viele, die ich persönlich kenne wie Professor Jeffrey Sachs (Columbia), Professor Richard Falk (Princeton), Professor Ilan Pappé (Exeter), Professor Noam Chomsky (MIT), Professor Norman Finkelstein (New York) und Professor Francis Boyle (Illinois) haben vernünftige Friedenslösungen ausgearbeitet. Auch sie sehen die Dinge genauso wie ich. Man muss es deutlich sagen: Juden und Palästinenser

sind unsere Brüder und Schwestern. Sie teilen diese Erde mit uns, haben dieselbe Menschenwürde, dieselben Menschenrechte. Frieden ist für alle ein Menschenrecht.

*Sie waren der Uno-Sonderbericht-erstanter für die Internationale Ordnung. Was denken Sie zu dem heutigen Chaos?*

Das Chaos haben wir im Westen selbst gestiftet, dadurch dass wir uns nicht mehr an das Völkerrecht halten wollen und die Uno-Charta, unsere Welt-Verfassung, verworfen haben. Wir geben nicht einmal die üblichen Lippenbekenntnisse gegenüber der Uno ab. Wir verlangen eine «rules based international order», die mit der Uno-Charta nicht in Einklang gebracht werden kann. Wir wollen unsere eigene imperialistische Ordnung umsetzen, die wir dann der übrigen Welt aufzwingen wollen.

*Was ist aus den westlichen Demokratien geworden?*

Wir haben die Sprache korrumpiert. Die «Demokratie», die wir in alle Länder der Welt exportieren wollen, hat nichts mehr mit Demokratie beziehungsweise Volkssouveränität zu tun. Für Biden, Trump, Blinken, Obama, Bush und Clinton bedeutet Demokratie schlicht und einfach Kapitalismus. «Frieden» bedeutet «bedingungslose Kapitulation». Unsere Gegner bilden eine «Achse der Bösen». Die Welt wird in Gute und Böse geteilt. Wir sind die Guten, ergo müssen wir die Bösen bekämpfen, die bösen Palästinenser, die Syrer, die Libanesen. Russland delenda est, wie der lettische Präsident Edgars Rinkēvičs mit Hinweis auf Cato (in Bezug auf Karthago) einmal sagte. Palästina delenda est, ist, was Netanjahu auch beabsichtigt.

*Die Spannungen zwischen den Grossmächten nehmen ständig zu. Sehen Sie einen Hoffnungsschimmer?*

Eigentlich ja – es gab, es gibt, und es wird ihn geben. Wir müssen aber Politiker wie zum Beispiel Biden, Trump, Macron, Scholz, Duda demokratisch abwählen. Wir müssen die Deutungshoheit unserer Sprache wiederherstellen. Wir müssen unsere Werte wiederfinden.

Vielleicht helfen uns dabei die Menschen in Lateinamerika, Afrika und Asien, deren «Eliten» nicht so dekadent sind wie unsere eigenen «MAGA-Amerikaner» (Make America great again) und EU-Enthusiasten.

Wir müssen verlangen, dass Israel die Urteile des Internationalen Gerichtshofs umsetzt. Wenn Israel weiterhin verweigert, sich an die Genfer Konventionen und an das Völkerrecht überhaupt zu halten, wenn Israel den vom IGH festgestellten Völkermord gegen die Palästinenser fortsetzt, dann muss die Doktrin der Responsibility to Protect (R2P) gegen Israel angewandt werden.

Die Uno-Generalversammlung soll die Akkreditierung der israelischen Diplomaten annullieren, genauso wie sie die Generalversammlung 1974 dem Apartheid-Regime in Südafrika aberkannte. Bei einigen Diplomaten in Genf höre ich die Idee, dass die Generalversammlung eine Debatte führen könnte, ob die Resolution 3379 vom 10. November 1975 reaktiviert werden soll.<sup>6</sup>

Es gibt keine internationale Ordnung, wenn ein Völkermord ganz offen begangen wird, wenn jeden Tag Hunderte von palästinensischen Zivilisten getötet werden, wenn Israel, mit der Komplizenschaft der USA und der Europäischen Union, Massaker nach Massaker begeht. Es muss Konsequenzen geben. Nur so können wir unsere Zivilisation retten.

*Herr Professor de Zayas, vielen Dank für das Gespräch.*

*Interview Thomas Kaiser*

<sup>1</sup> Ilan Pappé *The Ethnic Cleansing of Palestine* (London and New York: Oneworld, 2006). ISBN 1-85168-467-0 (Noam Chomsky und Ilan Pappé, *Gaza in Crisis*, Haymarket books, Chicago 2010)

<sup>2</sup> [www.aljazeera.com/program/the-bottom-line/2024/3/17/professor-jeffrey-sachs-us-is-complicit-in-israeli-genocide](http://www.aljazeera.com/program/the-bottom-line/2024/3/17/professor-jeffrey-sachs-us-is-complicit-in-israeli-genocide)  
[www.aljazeera.com/program/the-bottom-line/2024/3/17/professor-jeffrey-sachs-us-is-complicit-in-israeli-genocide](http://www.aljazeera.com/program/the-bottom-line/2024/3/17/professor-jeffrey-sachs-us-is-complicit-in-israeli-genocide)

<sup>3</sup> [www.aljazeera.com/opinions/2024/7/6/the-eus-support-for-israel-makes-it-complicit-in-genocide](http://www.aljazeera.com/opinions/2024/7/6/the-eus-support-for-israel-makes-it-complicit-in-genocide)

<sup>4</sup> *Crime of Aggression – Amendments Ratification* | International Criminal Court (icc-cpi.int)

<sup>5</sup> *Kampala Compromise on the Crime of Aggression* | Journal of International Criminal Justice | Oxford Academic (oup.com)

<sup>6</sup> [www.securitycouncilreport.org/un-documents/document/ip-a-res-3379.php](http://www.securitycouncilreport.org/un-documents/document/ip-a-res-3379.php)

# «Eine Armee, die ein anderes Volk militärisch besetzt, ist keine Armee, der wir beitreten können»

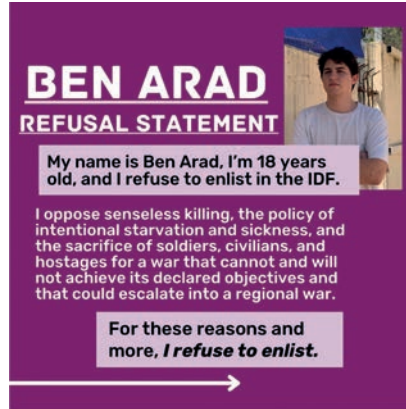
## Junge Israelis verweigern den Kriegsdienst

von Dr. phil Henriette Hanke Güttinger

**D**er völkerrechtswidrige Krieg gegen die palästinensische Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen, die bewaffneten Angriffe israelischer Siedler gegen palästinensische Bauern und Beduinen im Westjordanland, flankiert vom israelischen Militär, sowie Vertreibungen in Ostjerusalem gehen in den zehnten Monat. Die Uno-Organisation für Humanitäre Angelegenheiten dokumentiert das völkerrechtswidrige Vorgehen der Militärbesetzung detailliert mehrmals pro Woche. Darüber berichten Mainstream-Medien oft nur dürftig. Westliche Regierungen befeuern das Morden mit militärischer Unterstützung. Weltweit wird mit massiven Protesten ein sofortiger Waffenstillstand im Gaza-Streifen gefordert. In Israel verweigern junge Männer und Frauen den Kriegsdienst.

Ben Arad, 18, verweigerte am 1. April 2024 im Rekrutierungszentrum der israelischen Armee den Wehrdienst. Daraufhin wurde er zu 20 Tagen Haft im Militärgefängnis verurteilt. «Seit der Krieg begann, habe ich verstanden, dass ich die Pflicht habe, meine Stimme zu erheben und ein Ende des Kreislaufes der Gewalt zu fordern», so Ben Arad in einem Interview des +972 Magazine. Er charakterisiert den Gaza-Krieg als «eine beispiellose Mordkampagne nicht nur gegen die Hamas, sondern gegen das gesamte palästinensische Volk. [...] Die Tötung von Zivilisten im Gaza-Streifen, der Hunger, die Krankheiten, die Zerstörung von Eigentum, [zusätzlich zu] den Verbrechen der Siedler in den besetzten Gebieten – sie alle giessen Öl ins Feuer des Hasses und des Terrors»<sup>1</sup>.

Auch zwei weitere junge Israelis sind wegen ihrer Verweigerung bereits mit Gefängnis bestraft worden. Tal Mitnick, 18, bereits im Dezember 2023 und Sofia Orr, 18,



in diesem Frühling. Beide sind vom Gericht noch nicht vom Militärdienst befreit worden und können daher auch noch zu weiteren Haftstrafen verurteilt werden.<sup>2</sup>

Schon lange vor dem Gaza-Krieg hatte Sofia Orr entschieden, den Kriegsdienst zu verweigern. Grund waren die «Besatzung und Unterdrückung, die die Armee gegen die Palästinenser im Westjordanland ausübt.» Ihr beherztes Einstehen für Völkerrecht und Menschenrechte stiess jedoch sehr oft auf Unverständnis: «Die meisten Leute denken, ich sei komisch und verstünde nicht, wovon ich rede. Sie sagen, ich sei naiv und egoistisch, und manchmal auch, dass ich antisemitisch und eine Verräterin sei und wünschen mir alle Arten von Gewalttätigkeiten. Glücklicherweise nicht in meinem unmittelbaren Umfeld, aber ich habe von Freunden und Verwandten Antworten erhalten, die nicht einfach waren.»<sup>3</sup>

Auch nach dem Angriff der Hamas vom 7. Oktober ist Sofia Orr bei ihrer Überzeugung geblieben, «dass Gewalt nur zu mehr Gewalt führt, und dass wir das Problem friedlich lösen müssen und nicht durch noch mehr Gewalt». Nach wie vor setzt sie sich ein für einen gerechten Frieden zwischen Israel und den Palästinensern: «Ich tue dies mit Empathie, Solidarität und Liebe für alle Israelis, die in Israel leben, und für alle Palästinenser, die im Gaza-Streifen und im Westjordanland leben, unabhängig

### Offener Brief

Im September 2023 haben sich 230 junge Israelis mit einem Offenen Brief an die Öffentlichkeit gewandt, wie das +972 Magazine berichtete. Dazu ein Auszug aus dem Offenen Brief:

«Als junge Frauen und Männer, kurz vor unserer Einberufung zum israelischen Militärdienst, sagen wir NEIN zur Diktatur in Israel und im Besetzten Palästinensischen Gebiet. Wir erklären hiermit, dass wir uns weigern, dem Militär beizutreten, bis die Demokratie für alle, die im Zuständigkeitsbereich der israelischen Regierung leben, gesichert ist. [...] Wir sind in grösster Sorge um unsere eigene Zukunft und um die Zukunft aller, die hier leben. In Anbetracht dessen haben wir keine andere Wahl, als zu extremen Massnahmen zu greifen und den Dienst in der Armee zu verweigern. Eine Regierung, die das Justizsystem zerstört, ist keine Regierung, der wir dienen können. Eine Armee, die ein anderes Volk militärisch besetzt, ist keine Armee, in der wir dienen können.»<sup>1</sup>

<sup>1</sup> +972 MAGAZINE, Oren Ziv: «Youth Against Dictatorship»: Meet Israel's new class of conscientious objectors, September 5, 2023

von ihrer Nationalität oder Religion – einfach aus der Überzeugung heraus, das jeder Mensch es verdient, ein Leben in Sicherheit und Würde zu führen.»<sup>4</sup> ■

<sup>1</sup> +972 Magazine, Oren Ziv: Israeli teen jailed for refusing draft: «I'm willing to pay a price form y principles», April 5, 2024

<sup>2</sup> ebd.

<sup>3</sup> +972 Magazine, Oren Ziv: «People say I'm naive, antisemitic, a traitor»: Israeli teen jailed for draft refusal, February 26, 2024

<sup>4</sup> Unsere Welt, Oren Ziv: «Ich kann nicht tatenlos zusehen», Ausgabe 2/24